



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

**JUGEND**  
*STÄRKEN*

# JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region

Dokumentation der Bundeskonferenz  
am 24. Oktober 2011 in der Kalkscheune Berlin

## Inhalt

Bundeskonferenz „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ – Auf einen Blick .....	3
Fotogalerie .....	4
Programm .....	6
Auftaktrede (Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im BMFSFJ) .....	8
Key Note: Förderung benachteiligter junger Menschen – auch eine kommunale Aufgabe (Uwe Lübking, DStGB) .....	14
Aktuelle Umsetzungsergebnisse des Modellprogramms „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ .....	20
World Café .....	25
Eindrücke aus dem World Café .....	26
Ergebnisse aus Themenblock 1 .....	28
Zusammenarbeit optimieren – Kooperationsstrukturen schaffen. Wie gelingt eine wirkungsvolle Abstimmung aller Akteure vor Ort? .....	28
Ergebnisse aus Themenblock 2 .....	30
Lebensweltorientierte Zugänge und passgenaue Maßnahmen Wie lassen sich benachteiligte junge Menschen erreichen und wirkungsvoll unterstützen? .....	30
Ergebnisse aus Themenblock 3 .....	32
Erfolgreiches Management der Kommune am Übergang benachteiligter junger Menschen. Wie gestaltet eine Kommune Aufgaben, Prozesse und Instrumente optimal? .....	32
Präsentation der Ergebnisse aus dem World Café .....	33
Podiumsdiskussion: Vor Ort an einem Strang ziehen für benachteiligte junge Menschen – aber wie? Verantwortlichkeiten und Kooperation am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung.....	38
Ausblick und Verabschiedung .....	51
Referentinnen und Referenten .....	53

## Bundeskonferenz „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ – Auf einen Blick

Im Oktober 2010 startete in 35 Kommunen das Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ – ein wichtiger neuer Baustein der Initiative JUGEND STÄRKEN des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Am 24. Oktober 2011 wurde auf der Bundeskonferenz zum Modellprogramm in der Kalkscheune Berlin eine erste Zwischenbilanz gezogen.

Rund 230 Programmträger aus den Kommunen und Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft diskutierten neue Ansätze, wie junge Menschen mit Startschwierigkeiten beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf effektiver unterstützt werden können. Im Mittelpunkt stand dabei die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen, Arbeitsförderung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Abgerundet wurde die Bundeskonferenz durch ein informatives und unterhaltsames Rahmenprogramm:

- Die Modellkommunen aus dem Programm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ stellten die unterschiedlichen Schwerpunkte ihrer Arbeit mit Hilfe von Steckbriefen und selbst gestalteten Plakaten vor (→ siehe Fotos auf S. 4 unten).
- In einer kleinen Ausstellung wurden Bilder aus der Wanderausstellung „Laufbahnen - Integration für Zukunft“ präsentiert, die der Jugendmigrationsdienst Köln (KJW Köln e.V.) erstellt und entwickelt hat. Die Porträts junger Migrantinnen und Migranten zeigen, wie individuell, vielseitig und bunt die Integration in Deutschland sein kann (→ siehe Foto auf Seite 4 oben).
- Jugendliche aus den Bläserklassen (Klasse 6 und älter) des Jugend-Blechbläser-Orchesters aus dem Projekt „Musik verbindet“ im Landkreis Potsdam-Mittelmark gaben im Rahmen eines musikalischen Intermezzos am Vormittag „Best in Class“-Übungsstücke zum Besten, dirigiert von der Studentin Ina Böttcher (→ siehe Fotos auf Seite 5).

## Fotogalerie





## Bundeskonferenz „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“

### Programm

24. Oktober 2011, Berlin

- |                  |                                                                                                                                                                                                                                                                          |
|------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 10:30–11:00      | <b>Begrüßungskaffee</b>                                                                                                                                                                                                                                                  |
| 11:00–11:20      | <b>Auftaktrede:</b><br><i>Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im<br/>Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend</i>                                                                                                                       |
| 11:20–11:40      | <b>Key Note Speech:</b><br><b>Förderung benachteiligter junger Menschen –<br/>auch eine kommunale Aufgabe</b><br><i>Uwe Lübking, Beigeordneter im Deutschen Städte- und Gemeindebund<br/>(DStGB)</i>                                                                     |
| 11:40–11:50      | <b>Musikalisches Intermezzo</b><br><i>Jugend-Blechbläser-Orchester aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark,<br/>Projekt „Musik verbindet“</i>                                                                                                                               |
| 11:50–12:10      | <b>Aktuelle Umsetzungsergebnisse des Modellprogramms<br/>„JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“</b><br><i>Christoph Schwamborn, ESF-Regiestelle des Bundesministeriums<br/>für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Meike Reinecke, Rambøll<br/>Management Consulting</i> |
| 12:10–13:00      | <b>Mittagsimbiss</b><br><br><b>Einladung zur Plakatausstellung:</b><br><b>Standorte von „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ stellen sich vor</b>                                                                                                                       |
| 13:00–15:00      | <b>World Café:</b><br><b>Chancen und Herausforderungen einer systematischen Förderung benach-<br/>teiligter junger Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und<br/>Beschäftigung in den Kommunen</b>                                                           |
| → Themenblock 1: | Zusammenarbeit optimieren – Kooperationsstrukturen schaffen.<br>Wie gelingt eine wirkungsvolle Abstimmung aller Akteure vor Ort?                                                                                                                                         |
| → Themenblock 2: | Lebensweltorientierte Zugänge und passgenaue Maßnahmen.<br>Wie lassen sich benachteiligte junge Menschen erreichen und wirkungs-<br>voll unterstützen?                                                                                                                   |

→ **Themenblock 3:** Erfolgreiches Management der Kommune am Übergang benachteiligter junger Menschen. Wie gestaltet eine Kommune Aufgaben, Prozesse und Instrumente optimal?

**Gastgeberinnen und Gastgeber an den Tischen:** *Vertreterinnen und Vertreter der Modellkommunen und weitere Themenexpertinnen und -experten aus unterschiedlichen Bereichen*

**Moderation:** *ESF-Regiestelle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Rambøll Management Consulting*

**15:00–15:30**            **Kaffeepause**

**15:30–16:00**            **Zusammentragen der Ergebnisse des World Cafés**  
*Interview mit 4 Gastgeberinnen und Gastgebern aus dem World Café*

**16:00–16:45**            **Podiumsdiskussion: Vor Ort an einem Strang ziehen für benachteiligte junge Menschen – aber wie? Verantwortlichkeiten und Kooperation am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung.**

Es diskutieren:

- *Leo Jansen, Personalreferent DHL Freight GmbH*
- *Beate Kostka, Bereichsleiterin Produktentwicklung Aktive Arbeitsförderung SGB II, Bundesagentur für Arbeit*
- *Dr. Andreas Rickert, Vorstand PHINEO gemeinnützige AG*
- *Lutz Stroppe, Leiter der Abteilung Kinder und Jugend des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

**16:45–17:00**            **Ausblick und Verabschiedung**  
*Sabine Schulte Beckhausen, Referatsleiterin „Chancengerechtigkeit, Integration“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

**Moderation:** *Ferdos Forudastan, Freie Journalistin*

## Aufaktrede

**Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Sehr geehrter Herr Lübking,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,



Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Bundeskonferenz zum Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“!

Sie kennen wahrscheinlich alle das afrikanische Sprichwort: „Ein Boot kommt nicht voran, wenn jeder auf seine Art rudert.“ Ich denke, dass alle, die wir heute hier sind, in einem Boot sitzen. Das Ziel ist klar: Wir möchten, dass benachteiligte junge Menschen beim Übergang in das Berufsleben optimal unterstützt werden. Kein junger Mensch soll an dieser oftmals problematischen Schwelle untergehen. Um dieses Ziel zu erreichen, engagieren wir uns: Wir rudern kräftig!

Vor gut zwei Jahren kamen wir schon einmal in Berlin zusammen. Damals – auf der Bundeskonferenz 2009 im Umweltforum – fiel der Startschuss für die Initiative JUGEND STÄRKEN. Während seinerzeit die Vernetzung der 4 Programme („Schulverweigerung – Die 2. Chance“, „Kompetenzagenturen“, „Jugendmigrationsdienste“, „STÄRKEN vor Ort“) im Vordergrund stand, geht es heute um die inhaltliche Weiterentwicklung: Gemeinsam mit Ihnen möchten wir schauen, ob unser Boot den richtigen Kurs einschlägt und wo wir ggf. noch einmal nachsteuern müssen.

Die JUGEND STÄRKEN-Programme haben eines gemeinsam: Sie bieten benachteiligten jungen Menschen individuelle Begleitung und maßgeschneiderte Unterstützung. Das entspricht unserem Verständnis einer gelungenen Förderung: Nicht der Jugendliche passt sich der Maßnahme an, sondern umgekehrt: die Maßnahme passt sich dem Jugendlichen an, seinen individuellen Bedürfnissen, Problem- und Lebenslagen, Kompetenzen und Stärken!

Jeder Mensch ist anders. Die Erfahrung zeigt: Die frühzeitige, kontinuierliche und individuelle Begleitung der Jugendlichen ist der richtige Ansatz, um auch benachteiligten jungen Menschen eine Teilhabe an Ausbildung und Erwerbsleben zu ermöglichen. Wir müssen auch diesen jungen Menschen deutlich sagen: Du kannst etwas! Wir müssen uns um diese jungen Menschen kümmern, ihnen zeigen, dass sie gebraucht werden! Jeder Jugendliche verdient es, bestmöglich gefördert zu werden! Damit wird nicht nur die Weiche in den Beruf gestellt, sondern auch in ein eigenständiges, finanziell unabhängiges Leben.

Wir sagen in anderen Zusammenhängen: Der Mensch ist zur Freiheit berufen, zur Selbstständigkeit; er muss etwas aus sich machen können, er muss seine Talente entdecken, muss sich entfalten können. Und für das, was er selbst von sich aus nicht leisten kann, da muss es eben

Hilfe geben. Die individuelle Förderung jedes Einzelnen, das Zutrauen in seine persönlichen Fähigkeiten sowie das jederzeitige Offenhalten des Weges zur besseren Bildung – all das ist Ausdruck und Spiegel unserer Gesellschaft, die auf Teilhabe und Integration setzt und in der jeder seinen Platz und seinen eigenen Wert hat.

Ich finde es deswegen auch ganz wichtig, dass wir dieses betonen und nicht nur eine funktionale Sicht zeigen, nach dem Motto: Demografische Entwicklung – wir brauchen alle jungen Leute, also kümmern wir uns um sie. Das wäre zu wenig. Sondern es geht auch um den Wert des einzelnen Menschen, um den Wert des einzelnen Jugendlichen, der deswegen Unterstützung verdient hat – und nicht nur, weil er Teil eines Potenzials ist, was wir nicht verloren geben wollen.

Auch aus demografischen Gesichtspunkten können wir es uns nicht leisten, diese jungen Menschen und ihr Potenzial verloren zu geben. Wir alle wissen: Die demografische Entwicklung führt dazu, dass in Deutschland in Zukunft händeringend nach gut ausgebildeten jungen Menschen gesucht wird. Das Potenzial an Nachwuchskräften schwindet von Jahr zu Jahr – Tendenz weiter sinkend. In bestimmten Branchen und Regionen stehen Anbieter von Ausbildungsplätzen schon heute vor Rekrutierungsproblemen. Stark betroffen sind zum Beispiel Berufe im Handwerk und in der Gastronomie.

Ganz offenkundig ist, dass trotz dieser Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt Integrationsbemühungen nicht überflüssig werden. Denn nicht alle jungen Menschen profitieren hiervon gleichermaßen. Vor allem benachteiligten jungen Menschen fällt es nach wie vor schwer, den Einstieg in eine Ausbildung zu meistern. Sie sind oft noch nicht fit für den Arbeitsmarkt. Ein Teil von ihnen hat keinen Schulabschluss und damit kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Die Zahlen<sup>1</sup> sprechen eine deutliche Sprache:

- Mehr als drei Viertel der Jugendlichen ohne Schulabschluss und circa die Hälfte der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss landen nicht direkt in einer Berufsausbildung, sondern im Übergangssystem, Perspektive ungewiss.
- Rund 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen mehr als doppelt so häufig die Schule ohne Abschluss wie deutsche Jugendliche. Ihre Ausbildungsbeteiligungsquote ist nur halb so hoch wie die der jungen Deutschen.
- Verstärkt gehören leistungsschwächere Jugendliche, ältere Bewerber/-innen und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu den knapp 96.000 „unbekannt Verbliebenen“ in der BA-Statistik (Stand September 2010).

---

1 Quellen: Bildungsbericht 2010; Berufsbildungsbericht 2011

Wenn man sich die Statistik genauer ansieht, dann gibt es Unterschiede. Jetzt kann man sagen: In einem Land sind die Jugendlichen nun mal nicht so fit, deswegen schaffen sie den Schulabschluss nicht. Man könnte aber auch sagen: An der einen oder anderen Stelle wird mehr getan. Man kümmert sich mehr um die konkreten Personen. Das ist auch eine Verantwortung der jeweiligen Landesebene.

Oft sind es gleich mehrere Faktoren, die dazu führen, dass ein junger Mensch den Einstieg in das Berufsleben nicht reibungslos schafft. Das können Konflikte zu Hause sein, ein schwieriges soziales Umfeld, Probleme in der Schule, aber auch persönliche Beeinträchtigungen, die ihn schon früh zum Außenseiter machen.

Um junge Menschen noch gezielter zu unterstützen, haben wir vor gut zwei Jahren die Aktivitäten des Bundesjugendministeriums für benachteiligte Jugendliche stärker miteinander verzahnt. Und man kann sagen, dass wir mittlerweile – trotz gewisser Widrigkeiten – an Fahrt gewonnen haben.

Auch in Zeiten knapper Kassen ist es uns gelungen, die erfolgreichen ESF-Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ in eine neue Phase mit neuer Akzentsetzung zu überführen. Künftig setzen wir bei der „2. Chance“ verstärkt auf die Kooperation mit Berufsschulen. Bei den „Kompetenzagenturen“ intensivieren wir die Zusammenarbeit mit den „Jugendmigrationsdiensten“.

Darüber hinaus hat die Initiative JUGEND STÄRKEN vor fast genau einem Jahr einen zusätzlichen Baustein erhalten, der uns heute hier zusammenführt: das Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“. Was bringt dieser neue Baustein?

Auf der Bundeskonferenz im Juni 2009 waren wir uns einig: Unser Ziel erreichen wir nicht, wenn wir ein Boot mit engagierten Ruderern haben, die alle für sich betrachtet viel Energie aufwenden, ihr Handeln jedoch nicht mit den anderen abstimmen. Kräfte werden nicht gebündelt, Wirkung dadurch geschwächt.

Das Zauberwort heißt Zusammenarbeit. Nur, wenn alle an einem Strang ziehen bzw. in die gleiche Richtung rudern, können Kräfte optimal gebündelt werden. Wir setzen uns deswegen mit dem neuen Modellprogramm dafür ein, dass die Programme der Initiative JUGEND STÄRKEN besser miteinander und besser mit anderen Hilfsangeboten in den Kommunen verknüpft werden. Unser Ziel ist, dass alle Akteure am Übergang junger Menschen zusammen wirken.

In vielen Kommunen gibt es vielfältigste Angebote für benachteiligte junge Menschen von ganz unterschiedlichen Akteuren. Beispielsweise

- Schulen, die schon frühzeitig Berufsorientierungsmaßnahmen anbieten, um ihren Schülerinnen und Schülern die Wahl für einen Beruf zu erleichtern,
- Programme der Initiative JUGEND STÄRKEN, die benachteiligte junge Menschen und junge Menschen mit Migrationshintergrund dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten zu entdecken und einen Plan für ihren Übergang zu entwickeln,

- | das Jobcenter und die Agentur für Arbeit, die sich bemühen, junge Menschen in eine Ausbildung zu vermitteln,
- | oder regionale Unternehmen, die Praktikumsplätze für benachteiligte Jugendliche anbieten, um ihnen so den Weg in eine Ausbildung zu erleichtern.

Diese Aufzählung ließe sich noch beliebig fortsetzen. In jeder Kommune setzt sich das Mosaik aus Unterstützungseinrichtungen und -angeboten anders zusammen – je nach Ausgangslage und dem vor Ort vorhandenen Bedarf.

Das Problem ist also nicht das Fehlen von Aktivitäten; das Problem ist vielmehr, dass die Aktivitäten oftmals unkoordiniert nebeneinander stehen und nicht immer ineinandergreifen. Statt aus einer Hand erhält ein hilfebedürftiger Jugendlicher häufig Hilfen aus vielen Händen – ohne dass die eine immer so recht weiß, was die andere gerade tut.

Unser Ziel ist, dass die Hilfen aus einer Hand kommen, dass man die Hilfsmaßnahmen, die es gibt, aus der Sicht des Jugendlichen betrachtet: Welche Hilfe braucht er?

Um Ansätze zu erproben, wie das funktionieren kann, hat das Bundesjugendministerium 2010 das Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ ins Leben gerufen. Das Modellprogramm setzt Impulse, damit alle Akteure in einer Kommune, die am Übergang junger Menschen beteiligt sind, ihre Aktivitäten für benachteiligte junge Menschen systematisch aufeinander abstimmen. Um beim Bild der Ruderer zu bleiben: Es geht darum, die einzelnen Bewegungen zu synchronisieren und damit die vorhandenen Kräfte zu bündeln.

Jede unserer 35 Modellkommunen hat spezifische Rahmenbedingungen, Ausgangs- und Problemlagen, Zielgruppen und Strukturen. Das Modellprogramm lässt ihnen viel Entwicklungsraum, um Wege zu erproben, die bei ihnen vor Ort wirklich funktionieren. Es geht im Modellprogramm nicht darum, das Rad komplett neu zu erfinden. Vielmehr geht es darum, erst einmal systematisch zu erfassen, welche Angebote es vor Ort bereits gibt, und was die Zielgruppen tatsächlich brauchen.

Wir bauen dabei auf bestehenden Strukturen auf, stellen auf dieser Basis Lücken im Fördersystem fest und versuchen, diese mit passgenauen, gegebenenfalls auch neuen Angeboten zu schließen, die den Bedarfen vor Ort entsprechen.

An einem Standort ist das etwa eine Clearingstelle, eine zentrale Anlaufstelle, die unterstützungsbedürftigen Jugendlichen hilft, die richtigen Ansprechpartner in ihrer Kommune zu finden. An einem anderen Standort sind das zum Beispiel Streetwork-Projekte, mit denen auch junge Menschen erreicht werden sollen, die von sich aus nicht den Weg in eine Hilfseinrichtung finden. So könnte ich noch viele weitere Beispiele nennen.

Bei der Umsetzung des Modellprogramms sind drei Fragen zentral:

**Erstens:** Im Mittelpunkt steht die Frage, wie benachteiligte junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf erreicht und wirkungsvoll unterstützt werden können. Wie sehen Maßnahmen aus, die sich an den realen Lebenswelten der jungen Menschen orientieren?

**Zweitens:** Eine Verknüpfung und Weiterentwicklung der Angebote gelingt nur dann, wenn auch die Akteure sich abstimmen – und das über bestehende Grenzen hinweg, wie Rechtskreise, Institutionen, Systeme und natürliche Vorbehalte sie oftmals vorgeben. Wie gelingt eine wirkungsvolle Abstimmung aller Akteure vor Ort?

**Drittens:** Ein erfolgreiches Management der Kommune erleichtert das Tun. Wie das aussehen kann, ist die dritte große Frage, mit der sich die Städte und Landkreise im Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ beschäftigen.

Ohne einen Steuermann wird es den Ruderern nicht gelingen, im Einklang an Fahrt aufzunehmen. Dies trifft auch auf die Übergangsgestaltung in den Kommunen zu. Hier muss ganz klar sein, wer den Hut auf hat, sprich: wer die Akteure vor Ort zusammenbringt und vernetzt, wer die Abstimmung der Angebote koordiniert und – soweit möglich – steuert. Hier stehen die Kommunen in der Verantwortung. Nach § 13 SGB VIII haben sie die Verantwortung für die Jugendsozialarbeit!

Wir als Bund wollen sie in ihren Anstrengungen unterstützen und ihnen Impulse für neue Wege und Methoden in der Arbeit mit besonders benachteiligten jungen Menschen am Übergang in Ausbildung und Beruf geben. Bei dem, was der Bund initiiert, geht es darum, Ideen für neue Regelwerke zu entwickeln und zu erproben. Die Bundesprogramme sind Modellversuche, sie sollen eine gewisse Initialzündung auslösen. Diese zu nutzen, ist aber Sache der Zuständigen vor Ort in den Kommunen.

Betriebe und einzelne Unternehmer sind wichtige Partner bei der Gestaltung einer kommunalen Gesamtstrategie für die Integration junger Menschen in das Erwerbsleben. Es genügt nicht zu sagen: Die Qualifikation der Jugendlichen reicht nicht aus. Auch von Unternehmen muss man verlangen und erwarten – und die Guten haben damit ja längst begonnen –, dass sie genau gucken: Wen gibt es überhaupt? Wer kommt in Frage für meinen Ausbildungsbetrieb? Wie kann ich ihn gewinnen? Wie kann ich Kontakt zu ihm aufnehmen? Das entspricht absolut der Interessenlage auch der Handwerksbetriebe und der Unternehmen. Im eigenen Interesse müssten sie sich viel stärker noch, als sie das viele Jahre getan haben, für die Jugendlichen interessieren.

Gleichzeitig sehen viele Unternehmen ihre Verantwortung, benachteiligte junge Menschen verstärkt zu fördern und damit zur sozialen Integration beizutragen. Unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft heißt nicht von ungefähr so. Es geht um Marktwirtschaft, um Wettbewerb, um die besten Ideen, die besten Konzepte. Aber es geht auch um soziale Verantwortung.

Es geht nicht nur ums Geld verdienen, sondern auch darum, dass man sich selbst verantwortlich fühlt und sich fragt: Was kann mein Beitrag sein, über die Interessenlage des Unternehmens hinaus?

Letzte Woche war ich bei der Deutschen Bahn zu Gast: Die Bahn bietet schon seit 2004 Jugendlichen, die noch nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen und nicht in eine Ausbildung vermittelt werden konnten, mit ihrem Projekt „Chance plus“ ein Praktikum als Einstiegsqualifizierung für das Berufsleben an. Circa 75 Prozent der Absolventen dieses Programms finden danach einen Ausbildungsplatz.

Aber nicht nur große Konzerne wie die Deutsche Bahn, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung für den Nachwuchs bewusst und engagieren sich oftmals sozial für Jugendliche in ihrem Umfeld. Ich könnte Ihnen viele Beispiele berichten, wie sich etwa mittelständische Unternehmen um einzelne Leute gekümmert und hinterher tüchtige Mitarbeiter gewonnen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eines ist klar: das Patentrezept – eine Strategie, die jeder Kommune die genaue Fahrtroute zum Ziel aufzeigt – gibt es nicht. Hier sind es eher die unterschiedlichen Wege, die zum Ziel führen. Ich bin aber zuversichtlich, dass es uns heute gelingt, gemeinsam zentrale Knotenpunkte auszuloten, die uns Orientierung auf unserer Fahrt zum Ziel geben.

In diesem Sinne lade ich Sie herzlich ein, die Bundeskonferenz heute zu nutzen, um miteinander ins Gespräch zu kommen, Impulse, Erkenntnisse und neue Motivation zu gewinnen und weiterzugeben, neue Ideen zu entwickeln und sich auszutauschen.

Ich wünsche Ihnen einen spannenden Tag bei dieser Konferenz!

## Key Note: Förderung benachteiligter junger Menschen – auch eine kommunale Aufgabe

**Uwe Lübking, Beigeordneter im Deutschen Städte- und  
Gemeindebund (DStGB)**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Kues,  
meine sehr geehrten Damen und Herren.



Herr Staatssekretär Dr. Kues, Sie haben das Boot erwähnt, das sich nur fortbewegt, wenn alle in die gleiche Richtung rudern. Wenn ich dieses Thema nehme, dann zeigt sich, dass die Umsetzung in einem föderalen Staat nicht immer einfach ist – ich werde darauf noch zurückkommen. Ich glaube, wenn jeder seine Verantwortung wahrnehmen würde, dann wäre vieles einfacher. Sie haben auf Ihre Verantwortung als Bund hingewiesen. Kommunen nehmen ihre Verantwortung unterschiedlich wahr. Aber bei vielen dieser Veranstaltungen vermisse ich eigentlich diejenigen, die, wenn es um das Bildungswesen geht, Verantwortung haben, und das sind die Länder. Da müssen wir die Frage stellen, ob die Länder ihrer Verantwortung immer in diesem Umfang gerecht werden. Auch darauf werde ich noch kurz eingehen.

Wenn wir die aktuellen politischen Diskussionen betrachten, dann tauchen immer wieder Kinder und Familien in ihren unterschiedlichen Kontexten auf, Jugendliche weniger. Und wenn, dann vielfach in Negativschlagzeilen: Gewaltdiskussionen oder Ähnliches. Fast jeden Tag lesen wir Schlagzeilen über den Stand der Kinderschutzgesetzgebung, den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, und darüber, ob jetzt 1,5 Milliarden Euro in ein Betreuungsgeld investiert werden sollen. Aber wir lesen wenig darüber, was wir für Jugendliche tun sollen und müssen. Hieraus könnte man den Schluss ziehen, die Jugendlichen gehen ihren Weg, sie brauchen uns nicht, sie können sich um sich selbst kümmern und werden sich selbst zurechtfinden.

Ähnliches habe ich in letzter Zeit leider auch in der Diskussion in den Gremien unseres Verbandes erlebt, wo ich das Thema Eigenständige Jugendpolitik angesprochen habe – welches sich das Ministerium richtigerweise auf die Agenda schreibt, weil Jugendpolitik sehr stark aus dem Fokus geraten ist. Auch dort erlebe ich – gerade aus dem kommunalpolitischen Raum, nicht so sehr von den Verantwortlichen der Jugendhilfe – dass man sagt: „Wo ist das Problem? Wieso jetzt auch noch um Jugendliche kümmern? Bei uns vor Ort haben die alle Möglichkeiten. Wir bieten alles für Jugendliche. Und wer jetzt aufgrund des demografischen Wandels immer noch keinen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz findet, der ist halt selber schuld.“

Und dabei liegen die Entwicklungen auf dem Tisch. Dr. Kues hat die Fakten genannt. 1,5 Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren sind ohne Berufsabschluss. Das sind 15 Prozent der Menschen dieser Altersgruppe, und hinzu kommt eine hohe Dynamik. Nach wie vor gibt es 60.000 bis 65.000 Schulabbrecher pro Jahr, aber auch die am Ausbildungsmarkt wiederholt erfolglosen und in nicht qualifizierenden Maßnahmen geparkten Jugendlichen füllen den Kreis der potenziell Betroffenen ständig wieder auf.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Quellen: Bildungsbericht 2010; Berufsbildungsbericht 2011

Natürlich ist diese Entwicklung in den einzelnen Bundesländern und Regionen sehr unterschiedlich. Die Spannweite der Abgängerquote ohne Hauptschulabschluss reicht nach dem Bildungsbericht 2010 von 3 Prozent bis zu 22 Prozent der 15- bis 17-Jährigen in der Bevölkerung eines Landkreises. Ich rede hier nicht nur von den Unterschieden zwischen Bundesländern, sondern diese findet man sogar innerhalb eines Landkreises. Zwischen den Bundesländern schwankte die Quote zwischen 5,6 Prozent und 16,8 Prozent. Das zeigt ganz deutlich, dass die traditionelle Abfolge Schule – Berufsausbildung heute nicht mehr funktioniert. Davon sind natürlich vorrangig Haupt- und insbesondere auch Förderschüler betroffen. Auf die Förderschulen werde ich noch einmal gesondert eingehen.

Wir alle wissen, dass Jugendliche mit Hauptschulabschluss Schwierigkeiten beim Übergang in die Berufsausbildung haben, und allein die Umetikettierung von Schulen und Namen von Schulen wird an dieser Tatsache auch relativ wenig ändern, denn irgendwann wird sich herumgesprochen haben, was denn beispielsweise eine Werkrealschule ist. Und dann muss man mit den Unternehmen darüber diskutieren, warum dieser Abschluss weniger wert ist. Herr Dr. Kues hat es angesprochen: Wir müssen mit den Unternehmen auch darüber sprechen, welche Qualifikationen sie denn jetzt haben wollen. Muss jeder Schüler wirklich das höchste Niveau im kognitiven Bereich erreichen – für jeden Beruf, den er ausüben kann? Oder reicht nicht auch eine vernünftige soziale Kompetenz mit einer Grundbildung für die Ausübung dieses Berufs? Wenn die Unternehmen diese Latte immer höher hängen, werden sie auf Dauer Schwierigkeiten haben, über den entsprechenden Nachwuchs zu verfügen. Was wir nicht akzeptieren, ist, dass die Unternehmen jetzt wieder vornehmlich danach rufen, die Zuwanderung auszuweiten und damit den Fachkräftemangel zu reduzieren. Auf der anderen Seite akzeptieren wir es aber, dass wir 1,5 Millionen junge Menschen ohne Schulabschluss und ohne berufliche Ausbildung in diesem Land haben. Da muss man sich erst einmal um diejenigen kümmern, die hier im Land nach einer Perspektive suchen.

Wenn wir uns mit der Förderung benachteiligter Jugendlicher als kommunale Herausforderung beschäftigen, dann stehen vor dem Hintergrund der genannten Zahlen sicherlich die aktuellen Herausforderungen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf im Vordergrund, und viele kommunale Maßnahmen setzen hier an. Im Prinzip ist es schwierig, bei einer Veranstaltung wie dieser, wo gerade Vertreterinnen und Vertreter aus den Modellkommunen sind, über die kommunalen Maßnahmen zu sprechen, denn hier sitzen ja diejenigen, die schon aktiv sind, und da ist vieles von dem, was man sagt, „Eulen nach Athen tragen“. Im Prinzip geht es aber um die Kommunen, die sich noch nicht so auf den Weg gemacht haben, und da muss man fragen, warum sie sich noch nicht auf den Weg gemacht haben. Wenn ich hier einleitend Punkte nennen soll, die für die Diskussion hinterher von Bedeutung sind, dann muss man sich zunächst die Frage stellen, wie die Situation der benachteiligten jungen Menschen am Übergang Schule – Beruf in der Kommune aussieht: Wer sind benachteiligte junge Menschen? Und sind automatisch alle Jugendlichen, deren Herkunft mit sozialen Problemen belastet ist, die oder deren Familien nicht über ausreichende materielle oder soziale Ressourcen verfügen, benachteiligt? Und sind nur diese benachteiligt?

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre haben für Jugendliche auf der einen Seite zu mehr Gestaltungsspielräumen geführt, die die Masse von ihnen auch gut bewältigt. Die Veränderungen haben aber andererseits zu risikoreicheren und schwierigeren Sozialisa-

tionsbedingungen bei einem anderen Teil von Jugendlichen geführt. Ich will nur folgende Beispiele nennen: veränderte Familienstrukturen und der gestiegene Leistungsdruck in der Schule.

Nun können wir lange über G8 diskutieren. Ich tue das sehr gerne mit Vertretern aus den Ländern, die G8 schon länger kennen und sagen: „Das hat bei uns immer schon hervorragend funktioniert.“ Dann komme ich zu dem Thema Förderschulen, weil besagte Länder interessanterweise auch die sind, die die höchsten Quoten von Förderschülern haben, aber relativ wenig Schüler mit Migrationshintergrund. Oft hat man gesagt, es sind Schüler mit Migrationshintergrund, die man in die Förderschulen verwiesen hat aufgrund z. B. von Sprachdefiziten. Nein, das hat auch etwas mit Selektion in den Schulen zu tun. Das hat etwas damit zu tun, dass man nicht individuell fördert, auch nicht fördern kann – da mache ich den Schulen gar keinen Vorwurf. Das hat etwas mit strukturellen Rahmenbedingungen in den Schulen zu tun. Aber es führt dazu, dass man relativ schnell Lernschwächen nutzt, um dann die entsprechenden Verweisungen an die Förderschulen zu geben. Und wir alle wissen, was – je nach Ausgestaltung in den Bundesländern – Förderschule für Jugendliche bedeutet.

G8 und Ganztagschule führen zu einer zunehmenden Einschränkung der Jugendlichen in ihren Entfaltungs- und Lebensräumen einschließlich der Freizeit. Hinzu kommen wachsende soziale Schwierigkeiten in den Familien, zum Beispiel durch verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, gestiegene berufliche Unsicherheit durch prekäre Arbeitsplätze oder befristete Tätigkeiten, Belastung des Klimas in der Schule durch Gewalt, Kriminalität, Drogen – auch das muss angesprochen werden, dass in den Schulen vielfach Ausgrenzung von Jugendlichen stattfindet – und Aufwachsen in sozialen Brennpunkten. Die Republik besteht eben gerade in den Städten aus unterschiedlichen Quartieren, und nicht jeder wächst in Berlin-Zehlendorf oder in Berlin-Dahlem auf. Viele wachsen unter anderen Rahmenbedingungen auf, die entsprechende Hilfen notwendig machen. Und deshalb ist es auch bedauerlich, dass es im Rahmen „Soziale Stadt“ zu diesen Einsparungen kommt, weil „Soziale Stadt“ eben mehr ist als nur Bauen, sondern zur „Sozialen Stadt“ gehört auch die soziale Betreuung in den Quartieren, und hier hätten wir uns gewünscht, dass das im Bundeshaushalt entsprechend weiter gefördert worden wäre.

In den ländlichen Gebieten kommen noch weitere Punkte hinzu. Hier fehlt es vielfach an einer sozialen und kulturellen Infrastruktur. Jugendbildungseinrichtungen und Jugendfreizeiteinrichtungen fehlen, und die Mobilität der Jugendlichen ist in strukturell schwachen Gebieten eingeschränkt. Dazu haben wir noch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Das ist noch mal eine Differenzierung zwischen den ländlichen Gebieten und den großstädtischen Gebieten, den Ballungsräumen, wo man unterschiedlich ansetzen muss.

Das zeigt, wie Herr Dr. Kues schon gesagt hat, dass es nicht die Patentlösung geben kann, sondern dass aus diesen unterschiedlichen Ausgangslagen heraus – und das kann eben nur eine Kommune – lokal geschaut werden muss, welche Hilfeleistungen angeboten werden müssen. Damit bin ich beim § 13 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Das ist in der Tat die Norm, die regelt, dass junge Menschen, „die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maß auf Unterstützung angewiesen sind“, diese eben auch durch die Jugendhilfe, sprich durch die Jugendsozialarbeit, erhalten sollen. Allerdings ist die Wirklichkeit nicht ganz so einfach wie der § 13 KJHG es beschreibt.

Das liegt zum einen daran, dass zwar die Jugendhilfe die Aufgabe hat, möglichst mit vielen Partnern zusammenzuarbeiten, es aber vielfach an den korrespondierenden Normen dieser Partner fehlt. Das heißt, wenn Jugendhilfe mit Schule zusammenarbeiten soll, dann fehlt es vielfach in den Schulgesetzen an einem entsprechenden Parameter für die Schule, dass diese auch mit der Jugendhilfe kooperieren soll. Kooperation heißt, auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten, und das heißt nicht, dass die Jugendhilfe sich dann um die Jugendlichen kümmert, wenn sie nachmittags von der Schule vor die Tür gesetzt worden sind.

Da müssen wir uns bei den Programmen darüber unterhalten, ob es richtig ist, wie wir sie ausgestalten. Wir müssen sie machen, weil wir die Schulabbrecher und die Schulverweigerer haben, damit wir ihnen wieder eine Chance geben, in die Schule zurückzukommen. Aber primär müssen wir verhindern, dass Schüler überhaupt erst aus der Schule ausgegrenzt werden. Es darf nicht sein, dass Lehrer und manchmal auch Eltern froh sind, wenn ganz bestimmte Schüler nicht mehr zum Unterricht erscheinen. Ich kann es verstehen. Aber das darf nicht die Realität sein, sondern die Realität sollte sein, dass Schule so ausgestattet ist – auch durch Schulsozialarbeit, durch Schulpsychologen –, dass ein individueller Lernerfolg in der Schule möglich ist und dass man sich auch um die einzelnen Schüler in der Schule kümmern kann.

Und das setzt voraus, dass die Länder ihre Kultushoheit, auf die sie ja immer so viel Wert legen, auch tatsächlich ausüben und die Schulen so ausstatten, dass sie diese individuellen Lernerfolge auch sicherstellen können. Das ist keine Aufgabe des Bundes. Das ist schlichtweg Aufgabe der Länder. Und da bin ich wirklich enttäuscht über das, was ich jetzt wieder im Zwischenbericht zur Qualifizierungsinitiative lese: dass die Länder hier nach wie vor ihrer Verantwortung nicht ausreichend Rechnung tragen. Wir diskutieren immer wieder darüber, was die Jugendhilfe leisten kann und soll, aber nicht darüber, was der Bildungssektor bringen muss. Wir sind nicht der Reparaturbetrieb der Schulen, sondern wir arbeiten mit den Schulen auf Augenhöhe zusammen. Das müssen wir auch. Wo man gemeinsam wirkt, da kann man die Schule unterstützen, da gibt es auch sehr gute Beispiele, aber leider eben nicht flächendeckend, und leider erleben wir hier auch noch Abwehrhaltungen auf der schulischen Seite. Und Sie können sich vorstellen, Diskussionen mit der Kultusministerkonferenz sind auch nicht immer sehr einfach.

Und ähnlich, aber Gott sei Dank nicht ganz so schwierig, ist es auch in der Abgrenzung zur Arbeitsverwaltung. Denn Jugendberufshilfe ist auch nicht nur eine ausschließliche Tätigkeit der Jugendhilfe, sondern hier müssen wir mit den Jobcentern zusammenarbeiten, und hier wissen wir auch, dass SGB II, SGB III, SGB VIII schwierige Schnittstellen verursachen, die wir nicht hinreichend lösen können. Ich hoffe, dass wir dies jetzt durch die Pilotprojekte verbessern. Aber es gibt eben noch unterschiedliche Philosophien: Ob ich bundeszentrale Vorgaben habe, ob ich ausschreibe – auch bundeszentral ausschreibe – und wie ich das dann wieder mit lokalen Gegebenheiten verzahne, die wirklich sehr individuelles Handeln erforderlich machen, das ist die Schwierigkeit in der praktischen Arbeit. Und auch hier bin ich mir sicher, dass wir eine stärkere kommunale Verantwortung brauchen, dass wir bei diesen unterschiedlichen Vorrang-/Nachrangverhältnissen, die ja zu einer Verschiebung der institutionellen Zuständigkeiten führen, nur dann Transparenz und fehlende Kohärenz werden herstellen können, wenn man das tatsächlich in einer Hand organisieren kann. Und diese eine Hand muss meines Erachtens auf der kommunalen Ebene liegen, denn hier leben die Jugendlichen, die Eltern, hier gibt es die Betriebe.

Und nicht nur die Großbetriebe. Wir haben vor Ort ja gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen, und die haben oft Schwierigkeiten, Programme mit Jugendlichen zu organisieren. Großbetriebe haben da überhaupt keine Schwierigkeiten. Die gehen mittlerweile schon an Schulstandorte, holen sich die Schüler dort ab und machen mit denen ein Coaching. Ich habe von einem Großunternehmen gehört, dass sogar Camps eingerichtet hat, wo mit Jugendlichen soziale Kompetenzen und Ähnliches eingeübt werden, weil diese Großunternehmen wissen, was Nachwuchssuche bedeutet. So etwas kann ein kleines/mittelständisches Unternehmen nicht machen. Sondern das kleine/mittelständische Unternehmen kann das nur mit den Partnern vor Ort tun, mit den Schulen, mit den Kommunen und mit den Jobcentern.

Und von daher sollte auf der örtlichen Ebene ein lokales Netzwerk dieser unterschiedlichen Akteure geschaffen werden, die unter Mitwirkung der lokalen Bildungslandschaften Bildungsangebote für benachteiligte junge Menschen entwickeln. Es sollte rechtsübergreifende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im Sinne von Hilfen „aus einer Hand“ geben. Und um den Bedürfnissen junger Menschen sowie den unterschiedlichen lokalen Strukturen und Bedingungen Rechnung zu tragen, ist eine größere Flexibilität der Arbeitsmarktinstrumente notwendig. Es bedarf größerer gesetzlicher Spielräume, die im Rahmen lokaler Kooperationen genutzt werden können. Es wäre erforderlich, die freie Förderung nach § 16f SGB II flexibel für die Förderung benachteiligter Jugendlicher nutzbar zu machen. Ich bin mir nicht sicher, ob die Instrumentenreform, die wir jetzt bekommen, eher ein Rückschritt ist. Ich glaube ja. Vielleicht gibt es im Vermittlungsausschuss jetzt noch die Möglichkeit, das eine oder andere zu reparieren, und ich hoffe da auch auf Unterstützung des Jugendministeriums hinsichtlich einer neugelebten Eigenständigen Jugendpolitik: Man muss sich im Sinne junger Menschen hier für eine Instrumentenreform einsetzen, die den jungen Menschen entsprechende Perspektiven geben kann.

Wir müssen schauen, wie wir bei der Arbeitsmarktgestaltung Förderung und Sanktionierung in einen Zusammenhang bringen, so dass es junge Menschen motiviert und nicht demotiviert, sich weiter um Arbeitsplätze zu bemühen. Hier, glaube ich, kann man noch voneinander lernen, auch gerade in der Zusammenarbeit, in der Kooperation. Auch bei der Ausgestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung, Stichwort 1-Euro-Jobs, muss man genau hinschauen, was man sinnvoller Weise jungen Menschen anbieten und wie man ihnen helfen kann und was die Perspektive junger Menschen erschwert.

Vollkommen zu Recht wird beklagt, dass Kommunen sowohl in der Jugendsozialarbeit als auch in der Netzwerkbildung die Verantwortungsübernahme nicht ausreichend wahrnehmen, vielfach auch aus finanziellen Gründen sparen. Dies hat schlichtweg etwas mit dem Auseinanderklaffen der kommunalen Wirklichkeit von Arm und Reich zu tun. Leider sind die Kommunen, in denen es die größten sozialen Schwierigkeiten gibt, in der Regel diejenigen, die die größten finanziellen Schwierigkeiten haben. Jetzt kann man lange darüber diskutieren, ob verschuldet oder unverschuldet, aber es ist halt so, und wenn mittlerweile in Nordrhein-Westfalen die ersten Kommunen Briefe von Banken bekommen haben, dass ihnen im nächsten Jahr keine Kassenkredite mehr gewährt werden, dann können Sie sich vorstellen, dass es für diese Kommunen außerordentlich schwierig ist, Finanzmittel aufzubringen, gerade, wenn es sich nicht um direkte Pflichtaufgaben handelt. Und bei neuen Aufgaben wird es dann außerordentlich schwierig, diese Finanzierungsverantwortung zu übernehmen, ganz zu schweigen von

Eigenmitteln für Modellprojekte. Gleichzeitig müssen wir mit Kommunalaufsichten kämpfen, die den Kommunen verbieten, freiwillige Aufgaben, etwa Präventionsaufgaben, wahrzunehmen.

In Nordrhein-Westfalen hat das Land sich jetzt sogenannte Präventionsketten auf die Fahne geschrieben, mit dem Erfolg, dass der Innenminister wohl durch die Staatskanzlei angewiesen wird, den Kommunen Sparerlasse zu ersparen, damit sie auch wieder freiwillige Aufgaben im Sinne von Prävention fördern können. Das würde ich mir für alle Bundesländer wünschen, dass Kommunen wieder freier gestalten können.

Aber es ändert nichts an der Haushaltskrise der Kommunen, und da sind natürlich Bund und Länder aufgefordert, die Haushaltslage der Kommunen so zu gestalten, dass sie ihren Aufgaben auch tatsächlich nachkommen können.

Denn das vielfache Rufen nach Modellprojekten oder nach Programmen hat auch etwas mit dieser Finanzsituation zu tun, weil man sich eben nicht anders retten kann als über Modelle. Nur wissen alle: Modelle laufen immer aus. Modelle sollen, sagt das Wort ja schon, aufzeigen, ob es andere Wege gibt, aber sie können keine Dauerfinanzierung ersetzen. Wir brauchen Strukturen in den Kommunen, in den Gemeinden, in den Landkreisen, aus denen wir wiederum nachhaltige Strukturen dauerhaft finanzieren können, und da brauchen wir auch eine ausreichende, dauerhafte Förderung, weil es nicht sein kann, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr oder weniger damit beschäftigt sind, nach neuen Förderprogrammen zu schauen – und wenn sie dann einmal herausbekommen haben, wie das Förderprogramm läuft, gibt es das schon längst nicht mehr. Das ist auch eine Verschwendung von Ressourcen. Das erlebe ich häufig in der Arbeitsmarkt- und in dieser ganzen Übergangsproblematik. Da gibt es so viele unterschiedliche Programme, und bis man da erst einmal durchgestiegen ist, gibt es die Programme gar nicht mehr oder es gibt schon wieder neue Programme. Etwas weniger, etwas flexibler und eine nachhaltige kommunale finanzielle Förderung würde uns an der Stelle weiterhelfen.

Letztes Wort: Die Kommunen werden sich ihrer Verantwortung stellen, auch im Bereich der Förderung von jungen Menschen, denn diese jungen Menschen leben in der Kommune, und wenn wir sie nicht ausreichend fördern, wenn wir sie nicht unterstützen, dann holen wir uns die eigenen sozialen Probleme in die Stadt, und das können wir uns nicht leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Aktuelle Umsetzungsergebnisse des Modellprogramms „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“

**Christoph Schwamborn, ESF-Regiestelle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

**Meike Reinecke, Rambøll Management Consulting  
(Prozessbegleitung „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“)**



### Moderatorin

Das Programm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ ist im Ansatz, in der Theorie ein gutes Programm. Aber wie macht sich das Programm in der Praxis? Um Antworten auf diese Frage zu finden, wird das Programm begleitet und beobachtet. Dazu gibt es einmal die ESF-Regiestelle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und zum anderen Rambøll Management Consulting.

Christoph Schwamborn ist Programmkoordinator in der Servicestelle „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ und stellvertretender Projektleiter der ESF-Regiestelle des BMFSFJ. Man kann es vielleicht so zusammenfassen: Die Regiestelle begleitet die Kommunen fachlich-inhaltlich, wenn Projekte auf den Weg gebracht werden, und unterstützt sie dann weiter bei der Programmumsetzung.

Meike Reinecke ist Projektmanagerin der Prozessbegleitung bei Rambøll Management Consulting. Die Prozessbegleitung, das sagt eigentlich schon der Name, begleitet und unterstützt Standorte beim Aufbau von Kooperationsstrukturen, bei der Bestandsaufnahme und eben bei der Weiterentwicklung von Angeboten.

Man kann sagen, Sie beide werfen ein ständiges und scharfes Auge auf das, was passiert, und zum Teil natürlich auch auf das, was nicht passiert. Herr Schwamborn, sagen Sie uns noch einmal ganz kurz, damit wir einen groben Überblick haben, welche neuen Projekte man denn im Rahmen von „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ in den Gebieten etabliert hat.

### Christoph Schwamborn

Erst einmal muss ich darauf hinweisen, dass an allen Standorten schon Projekte vor „Aktiv in der Region“ umgesetzt wurden. An jedem Standort muss ein Jugendmigrationsdienst tätig sein, dann sind noch Kompetenzzentren und/oder Koordinierungsstellen der 2. Chance vertreten. Darüber hinaus ist das Programm mit der Aufforderung an die Kommunen herantreten: „Schaut mal, wo es Lücken gibt in eurem System, und baut dort neue Projekte auf!“.

Bisher sind an den 35 Standorten 71 Projekte initiiert worden. Die Projektarten sind sehr unterschiedlich, je nachdem, wie die Kommunen aufgestellt sind und wo Lücken in der Begleitung junger Menschen sind.

#### **Moderatorin**

Die Projekte sollen ja passgenau sein. Funktioniert das? Werden die Zielgruppen erreicht? Kann man das so ganz grob sagen?

#### **Christoph Schwamborn**

Wir stehen jetzt am Beginn. Die Projekte sind uns von den Standorten genannt worden, und unsere Aufgabe war bzw. ist es zu schauen, ob sie in den Rahmen von „Aktiv in der Region“ passen. Ob die Projekte dann wirklich die Zielgruppen erreichen, werden wir erst im Folgenden feststellen. Dazu nutzen die Standorte – wie bei den bestehenden Projekten auch – eine elektronische Fallakte.

Die Initiative JUGEND STÄRKEN ist angetreten, die verloren gegangenen Jugendlichen zu erreichen. Die Projekte sollen die Nichterreichten ansprechen. Die zweite Bedingung ist, dass ein Projekt passgenau ist. Eine Passgenauigkeit kann ich nur dann herstellen, wenn ich weiß, was rundherum noch an anderen Projekten unterwegs ist. Man muss also eine Übersicht über alle Aktivitäten haben, und das ist ja gerade das Charmante an diesem Programm, dass die Kommunen das organisieren können und müssen. Außerdem muss klar sein, dass ein Jugendlicher, der ein Projekt verlässt, nicht einfach entlassen wird, sondern dass es definierte Übergabepunkte gibt. Das heißt also, ein Projektträger muss wissen, wohin sein Jugendlicher geht bzw. der oder die Verantwortliche muss den Jugendlichen bei der Suche nach einer Anschlussperspektive unterstützen. Das sind die Bedingungen, die wir von diesen Projektträgern definitiv verlangen.

#### **Moderatorin**

Frau Reinecke, Sie beobachten das ja jetzt schon eine Weile. Was sehen Sie und was sehen wir mit Ihrer Hilfe, wie die Ansätze sich bisher in der Praxis machen?

#### **Meike Reinecke**

Wir begleiten die Projekte jetzt seit einem guten Jahr und können bei allen Standorten schon positive Veränderungen sehen. Sei es, dass erstmalig Steuerungskreise eingerichtet wurden, in denen die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit von SGB II, SGB III und SGB VIII tatsächlich sehr gut funktioniert, dass Schulen gewonnen werden konnten für Projekte, die sich bisher eher verwehrt haben gegenüber „Angeboten von außen“ oder auch – ganz praktisch – dass es gelungen ist, Schulverweigerer wieder zurück in die Schule zu reintegrieren und so den ersten Schritt zu einem erfolgreichen Übergang zu gehen.

Herr Schwamborn hatte es schon angesprochen: Die meisten Standorte haben sich auf den Weg gemacht, die Lücken im System zu finden, und haben entsprechende Lückenschlussprojekte aufgelegt.

**Moderatorin**

Damit wir uns das ein bisschen vorstellen können, wie Sie arbeiten: Wie haben Sie denn diese ganzen Standorte im Blick? Wie regelmäßig gucken Sie darauf? Ist das eine stichprobenartige Beobachtung oder gehen Sie da „immer mal wieder hin“?

**Meike Reinecke**

Wir gehen „immer mal wieder hin“. Es geht nicht um Beobachtung, sondern tatsächlich um Unterstützung dabei, dass die Standorte vor Ort ihre Ziele erreichen können. Wir sind ein größeres Team bei Rambøll. Standortberater – das heißt feste Personen, die den Koordinatoren in den Kommunen bekannt sind – können immer wieder kontaktiert werden, wenn es Fragen oder Unterstützungsbedarf gibt. Zudem fahren wir regelmäßig zu den Standorten. Wir schauen uns vor Ort die Situation an, sprechen dort mit den Koordinatoren. Das heißt neben einem übergeordneten Blick haben wir auch den Blick in alle Kommunen hinein – und da tatsächlich in alle und nicht nur in ausgewählte.

**Moderatorin**

Sie haben vorhin gesagt, man hat sich überwiegend auf den Weg gemacht. Heißt das, es gibt aber schon noch Punkte, wo Sie sagen würden: „Da hakt es vielleicht noch, da muss noch nachgesteuert werden, da läuft es noch nicht optimal.“?

**Meike Reinecke**

Natürlich ist eine Schwierigkeit die Frage: Wie bekommt man eigentlich Institutionen zusammen? Wie läuft die Ansprache von SGB II und SGB III? Wie können auch Schulen erreicht werden? Das ist nicht überall einfach. Es stehen zum Teil unterschiedliche Organisationskulturen dahinter und auch ein anderes Verständnis davon, wie man mit Jugendlichen arbeiten kann, wie das Fördern und Fordern gewichtet wird. Gleichzeitig ist das Schöne, dass wir für jedes Problem an einem Standort eine Lösung an einem anderen Standort sehen. Und wir sind der Überzeugung, dass es durch den von uns unterstützten Austausch zwischen den verschiedenen Standorten an allen Standorten gelingen wird, diese rechtskreisübergreifende Vernetzung gut hinzubekommen.

**Moderatorin**

Ich würde gerne noch einmal an der Stelle nachhaken, wo Sie gesagt haben: „Es ist manchmal schwer, sinngemäß „alle“ an einen Tisch zu bekommen.“ Was heißt das denn genau und woran liegt das? Liegt das daran, dass einzelne Zuständigkeiten sagen: „Diese Kooperation finden wir nicht nötig, das schaffen wir alleine.“? Sind das Eitelkeiten? Ist das einfach noch eine Fremdheit mit dem ganzen Programm? Woran liegt das?

**Meike Reinecke**

Das ist, glaube ich, eher eine „Fremdheit der Rechtskreise“. Dass zum Beispiel gesagt wird: „Berufsberatung machen wir, da brauchen wir niemanden für.“ Oder: „Wir sind diejenigen, die die Maßnahmen planen; warum wollen da jetzt plötzlich Sozialarbeiter rein und uns sagen, wie wir es machen sollen?“. Natürlich gibt es da Vorbehalte von allen Seiten, vielleicht auch wegen schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit, die an einzelnen Stellen gemacht worden sind. Bei den Schulen ist es ganz klar das Problem, dass dort schon verschiedene Modellprogramme waren. Jetzt kommt ein neues, und die Schulen sagen: „Bitte nicht schon wieder.“

Hier immer wieder Überzeugungsarbeit zu leisten, das ist für mich das ganz Wesentliche, worum es in dem Programm geht, tatsächlich Strukturen zu schaffen, die dann auch bleiben, gemeinsam vor Ort zu überlegen: „Wie können wir eigentlich unsere Ressourcen, die wir im SGB II, im SGB III und im SGB VIII haben, optimal nutzen und zusammenbringen?“. Und wie gesagt, das klappt noch nicht überall. Aber als Beraterin bin ich natürlich berufsmäßig optimistisch, und deswegen gebe ich auch den positiven Ausblick, dass wir – wenn es so weitergeht wie jetzt – nachher hervorragende Ergebnisse haben werden.

### **Moderatorin**

Gibt es denn auch etwas an dem Programm, wo man vielleicht sagen muss mit den bisherigen Erfahrungen dieses einen guten Jahres: „An dieser und an jener Stelle kann, muss man noch etwas optimieren?“

### **Christoph Schwamborn**

Wir sind mit der Vorgabe angetreten, dass Kommunen das Thema „Erreichung von unversorgten Jugendlichen“ zu ihrer Chefsache erklären. Und wir machen die Erfahrung, dass es Kommunen gibt, die sagen: „Das Thema ist ein so wichtiges, dass wir das als Leitziel unserer Kommune aufstellen.“ In einem Landkreis sind zu den Veranstaltungen, die dort zu „Aktiv in der Region“ durchgeführt worden sind, alle Bürgermeister der einzelnen Gemeinden gekommen, um zu signalisieren: „Das ist unser Thema! Uns brennt es so auf den Nägeln, wir müssen dort etwas tun.“ Andererseits gibt es auch Standorte, bei denen dieses Programm noch nicht in der Verwaltungsspitze der Kommune angekommen ist. Und unsere Erfahrung ist nun einmal: Eine Kommune, die das Thema nicht zur Chefsache erklärt, wird nicht so gute Ergebnisse erreichen wie eine Kommune, in der man das Thema ganz oben ansiedelt.

Aber man muss auch sagen, diese 35 Standorte sind die, die sich schon auf den Weg gemacht haben. Wir haben Best-Practice-Kommunen, auch wenn sie unterschiedliche Startvoraussetzungen haben. Wir haben zu Beginn der Antragsphase ganz klar gesagt, dass wir nicht nur Standorte auswählen, die schon hervorragende Verhältnisse haben. Der Sinn dieses Programms war auch, die Standorte mitzunehmen, die ganz bewusst gesagt haben: „Wir sind noch am Anfang.“ Sie haben das im Antrag auch so formuliert und wollen sich jetzt nach vorne bewegen.

### **Moderatorin**

Frau Reinecke, Sie haben vorhin gesagt: „Wir reden ganz viel. Wir leisten da, wo noch nicht alle überzeugt sind, Überzeugungsarbeit.“ Was können Sie denn darüber hinaus ganz konkret als Prozessbegleitung den Kommunen anbieten und sagen: „Da geben wir euch ein Instrumentarium an die Hand, damit „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ tatsächlich optimal funktioniert?“

### **Meike Reinecke**

Wir haben beispielsweise gemeinsam mit den Kommunen ein Umsetzungsmonitoring entwickelt, an Hand dessen jede Kommune vor Ort für sich schauen kann: An welchem Punkt stehen wir eigentlich, wo wollen wir uns hinbewegen? Wir sind gerade dabei, alle Kommunen noch einmal zu besuchen, um genau das mit ihnen zu reflektieren und zum anderen zu schauen, welche Unterstützung durch uns es vielleicht noch braucht. Das kann beispielsweise sein,

zu einer Moderation eingeladen zu werden, wenn erstmalig SGB II, SGB III und SGB VIII zusammenkommen. Das kann aber auch ein individuelles Coachinggespräch mit einem Koordinator sein, um gerade mit der kommunalen Führungsebene auf Augenhöhe sprechen zu können. Oder das kann sein, mit dem Team gemeinsam Meilensteine und Zielindikatoren für die weitere Projektumsetzung zu entwickeln. Also da sind wir sehr flexibel. Wir schauen genau, was die Koordinatoren vor Ort brauchen und wie wir dabei helfen können.

**Moderatorin**

Kleiner Blick in die Zukunft: Wir sind jetzt zwei Jahre weiter, Ende 2013/Anfang 2014. Wo stehen wir? Wo stehen Sie dann mit „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“? Was ist Ihre Prognose?

**Meike Reinecke**

Die Ausgangslagen und Rahmenbedingungen sind ganz unterschiedlich. Aber natürlich sind wir der Überzeugung, dass es in den nächsten Jahren geschafft wird, mehr Jugendliche zu erreichen, Übergänge besser zu gestalten und vor allem auch nachhaltige Strukturen vor Ort zu etablieren, auf die dann keine Kommune mehr verzichten will.

**Moderatorin**

Die sich dann auch längerfristig oder vielleicht sogar für immer etablieren, angeregt durch dieses Programm – was aber natürlich irgendwann mal zu Ende ist? Zustimmung, Herr Schwamborn?

**Christoph Schwamborn**

Ja, auf jeden Fall. Das, was ich noch dazu ergänzen möchte: Dieses Programm soll auch die gesamte Initiative JUGEND STÄRKEN nach vorne bringen. Aufgabe des Modellprogramms ist es auch, dafür zu sorgen, dass die Programme der Initiative JUGEND STÄRKEN zusammenwachsen und ein einheitliches System ergeben. Das ist es, was ich mir für Ende 2013 wünsche: Dass die bestehenden Programme näher aneinandergerückt sind und dass jede Kommune für sich ein Projektssystem entwickelt hat, eine sinnvolle Abfolge von Aktivitäten.

**Moderatorin**

Ganz herzlichen Dank.

## World Café

### **„Chancen und Herausforderungen einer systematischen Förderung benachteiligter junger Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung in den Kommunen“**

Unter dem oben genannten Thema fand am Nachmittag ein World Café statt.

Die Teilnehmenden diskutierten an insgesamt 26 Tischen in drei Themenblöcken:

#### **Themenblock 1:**

**Zusammenarbeit optimieren – Kooperationsstrukturen schaffen.**

**Wie gelingt eine wirkungsvolle Abstimmung aller Akteure vor Ort?**

Im Fokus von Themenblock 1 stand die Frage, wie die vielfältigen Akteure, die junge Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung unterstützen, ihre Aktivitäten optimal aufeinander abstimmen können.

#### **Themenblock 2:**

**Lebensweltorientierte Zugänge und passgenaue Maßnahmen.**

**Wie lassen sich benachteiligte junge Menschen erreichen und wirkungsvoll unterstützen?**

Hinter der Zielgruppe „benachteiligte junge Menschen“ verbirgt sich eine Vielfalt an Lebenswelten, Problemlagen, Potenzialen und Bedürfnissen. In Themenblock 2 wurde beleuchtet, wie es – unter Berücksichtigung dieser Heterogenität – gelingen kann, diese jungen Menschen in ihren Lebenswelten zu erreichen und sie beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung passgenau zu unterstützen.

#### **Themenblock 3:**

**Erfolgreiches Management der Kommune am Übergang benachteiligter junger Menschen.**

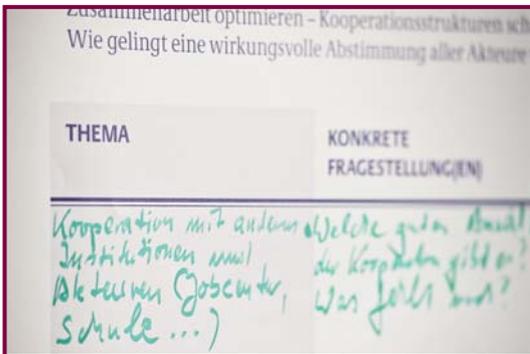
**Wie gestaltet eine Kommune Aufgaben, Prozesse und Instrumente optimal?**

Kommunen sehen sich in der Verantwortung, benachteiligte junge Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung zu fördern. In Themenblock 3 wurden interessante Ansätze und Erfolgsfaktoren diskutiert, wie die Kommunen diese Rolle effektiv wahrnehmen können.

Die Moderation und Gesprächsleitung an den Tischen übernahmen Akteure der Programme und Modellstandorte. Die Ergebnisse wurden zum einen auf nachfolgenden Plakaten festgehalten und zum anderen vor dem Plenum in Interviewform vorgestellt.

## Eindrücke aus dem World Café





## Ergebnisse aus Themenblock 1

### Zusammenarbeit optimieren – Kooperationsstrukturen schaffen. Wie gelingt eine wirkungsvolle Abstimmung aller Akteure vor Ort?

THEMA	KONKRETE FRAGESTELLUNGEN	HERAUSFORDERUNGEN	LÖSUNGSANSÄTZE	POSITIVE WIRKUNGEN
<b>Kooperationen innerhalb der Initiative JUGEND STÄRKEN</b>	Wie sind die Kooperationen zu gestalten?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Überblick über die Angebote vor Ort</li> <li>▮ Viele Gremien vor Ort zur Koordinierung von Projekten: Wie kann ein rechtskreisübergreifendes Gremium aussehen?</li> <li>▮ Darstellung des Mehrwertes von „Aktiv in der Region“ für potentielle Kooperationspartner</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Jugendhilfe stärker in Kooperationen mit verschiedenen Trägern und Projekten einbinden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Förderung „aus einer Hand“</li> </ul>
<b>Kooperationen zwischen Kompetenzagenturen und Jugendmigrationsdiensten</b>	Unterschiede/Gemeinsamkeiten beider Programme? Regionale Unterschiede? Zukunft?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Wahrgenommene Konkurrenz/Doppelbetreuung</li> <li>▮ Trägerinteressen</li> <li>▮ Finanzierung/Ressourcen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Klare Absprachen</li> <li>▮ Gemeinsame Praxis – unterschiedliche Expertisen</li> <li>▮ Synergien nutzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Optimale Integration benachteiligter Jugendlicher</li> </ul>
<b>Kooperation innerhalb der kommunalen Verwaltung</b>	<p>Wer ist wichtig?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verwaltungsspitze</li> <li>- Leitungsebenen</li> <li>- Politische Gremien</li> <li>- Jugendamt</li> <li>- Schulamt, Sport</li> <li>- Sozialamt/Eingliederungshilfe</li> <li>- Beauftragte für Chancengleichheit</li> <li>- Wirtschaftsförderung</li> <li>- Stadtplanung</li> <li>- Informelle Kontakte</li> </ul> <p>Wo funktioniert die Zusammenarbeit gut? Was muss sich noch entwickeln?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Unterschiedliche Prioritäten/unterschiedliches Aufgabenverständnis</li> <li>▮ Personenabhängig</li> <li>▮ Führung muss als „Zugpferd“ agieren</li> <li>▮ Politische Entwicklungen</li> <li>▮ Finanzierung</li> <li>▮ Neues Thema für Wirtschaftsförderung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Koordinierung als Querschnittsthema implementieren</li> <li>▮ Eigene Position und Legitimation definieren</li> <li>▮ Gemeinsame Regeln und Rahmenbedingungen vereinbaren</li> <li>▮ Gemeinsames Leitbild und Ziele entwickeln</li> <li>▮ Gemeinsame Aktivitäten</li> <li>▮ Für Zielgruppe sensibilisieren</li> <li>▮ Erfolgsmeldungen rückkoppeln</li> <li>▮ Best-Practice Modelle</li> <li>▮ Verwaltungsstrukturen transparent gestalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Nachhaltigkeit</li> <li>▮ Sozialraumorientierung</li> <li>▮ Teilnehmerorientierung</li> </ul>
<b>Kooperationen mit anderen staatlichen Institutionen und Akteuren</b>	Welche guten Ansätze der Kooperation gibt es? Was fehlt noch? Motivation zur Kooperation mit „Aktiv in der Region“? Rechtskreisübergreifende Kooperation?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Kennenlernen der jeweiligen Institutionskultur; gegenseitiges Wissen über die Arbeitsweisen</li> <li>▮ Transport der Kooperation von der Leitungs- zur operativen Ebene</li> <li>▮ Einbeziehung freier Träger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Abstimmung der Angebote/Programme, z. B. zwischen „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ (BA) und JUGEND STÄRKEN</li> <li>▮ Rechtskreisübergreifende Angebote</li> <li>▮ Vorgaben durch Kommune und Bund</li> <li>▮ Verschiedene Förderlogiken respektieren</li> <li>▮ Hospitation in anderen Institutionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Übergabe an den Schnittstellen der Rechtskreise ist geregelt = aufbauende Förderketten</li> <li>▮ Förderung „Hand in Hand“</li> <li>▮ Gemeinsame Beratungsangebote</li> </ul>

THEMA	KONKRETE FRAGESTELLUNGEN	HERAUSFORDERUNGEN	LÖSUNGSANSÄTZE	POSITIVE WIRKUNGEN
<b>Kooperation mit Schulen</b>	Wie? Transparenz/Datenerhebung, z. B. zu Schulabbrüchen? Zusammensetzung/Arbeitsweise einer Steuerungsgruppe?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Vertrauensverhältnis aufbauen</li> <li>▮ Steigerung der Zusammenarbeit zwischen JSA und Schule</li> <li>▮ Konkrete Arbeitsweise</li> <li>▮ Gemeinsame Ziele</li> <li>▮ Übergänge gestalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Klare Zieldefinition</li> <li>▮ Zeit investieren</li> <li>▮ Voneinander profitieren (Dienstleistung als „Türöffner“)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Beteiligung von Schule</li> <li>▮ Verbesserte Struktur</li> <li>▮ Weniger Schüler/-innen gehen verloren</li> </ul>
<b>Kooperation mit Unternehmen</b>	Wie kann man Unternehmen einbinden? Hohe Ansprüche der Unternehmen an die Auszubildenden – wie kann man beide besser zusammenbringen? Unternehmen wollen nicht allein gelassen werden – welche Maßnahmen wirken?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Motivation der Unternehmen/Fachkräftemangel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Arbeitskreis Schule-Wirtschaft</li> <li>▮ Einbindung von Unternehmensverbänden in Programme „Aktiv in der Region“, „Regionales Übergangsmangement</li> <li>▮ Kooperation bei Ausbildung</li> <li>▮ Patenschaftsmodelle</li> <li>▮ JOBSTARTER</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Unternehmen können mitgestalten</li> <li>▮ Motivation, schwächere Jugendliche auszubilden</li> </ul>
<b>Kooperation mit Wirtschaft und Schulen</b>	Was können Schule, Jugendarbeit und Wirtschaft gemeinsam tun, um Jugendliche nach erfolgreichem Schulabschluss in Ausbildung zu bringen? Welchen Nutzen haben Wirtschaft und Schule/Jugendarbeit von einer Kooperation? Wie bringt man die Partner zusammen, wie werden Kommunikation und Kooperation verbessert?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Mangelnde Kompetenzen der Jugendlichen</li> <li>▮ Sprachbarrieren</li> <li>▮ Falsche Berufsbilder bei Eltern und Jugendlichen</li> <li>▮ Jugendliche aus ausbildungsfernen Familien haben schlechte Startchancen</li> <li>▮ Eher Konfrontation als Kooperation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Aufeinander zugehen – gemeinsame Projekte initiieren</li> <li>▮ Unternehmer „zum Anfassen“</li> <li>▮ Begleitung im Unternehmen</li> <li>▮ z. B. jährlich 30 Azubiplätze</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Schnellere und effektive Reaktionsmöglichkeit – mehr Ausbildungsverträge für schwer vermittelbare Jugendliche</li> <li>▮ Voneinander lernen – professionelle und schnellere Integration</li> </ul>

## Ergebnisse aus Themenblock 2

### Lebensweltorientierte Zugänge und passgenaue Maßnahmen. Wie lassen sich benachteiligte junge Menschen erreichen und wirkungsvoll unterstützen?

THEMA	KONKRETE FRAGESTELLUNGEN	HERAUSFORDERUNGEN	LÖSUNGSANSÄTZE	POSITIVE WIRKUNGEN
Erreichen der Zielgruppe	Wie können die Jugendlichen erreicht werden?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Aufsuchen und Motivation zur Mitarbeit aufbauen</li> <li>▮ Zur rechten Zeit am rechten Ort sein</li> <li>▮ Mobilität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Kooperation mit vorhandenen Partnern (z. B. Streetwork)</li> <li>▮ Aufsuchende Arbeit – langfristig und kontinuierlich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Tatsächliche Erreichbarkeit</li> <li>▮ Niedrigschwellige und praktikable Angebote</li> </ul>
	Sensibilisierung für Jugendliche mit Mehrfachproblematik? Umgang mit Eltern?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Vorrangige Zielstellung bei der Formulierung des Hauptproblems festlegen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>▮ Funktionierendes Netzwerk</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Nutzung herkömmlicher Kommunikationswege</li> <li>▮ Neutrale Funktion der Koordination</li> </ul>
	Wie können neue Medien zur Kontaktaufnahme genutzt werden? Welche Gefahren bestehen?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Schutz der Person (kein „gläserner“ Jugendlicher)</li> <li>▮ Kompetenzen der Sozialarbeiter/-innen stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Schulungen</li> <li>▮ Sensibilisierung für Gefahren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Informationen über Jugendliche</li> <li>▮ Bedürfnisse der Jugendlichen werden berücksichtigt</li> <li>▮ Kritischer Umgang</li> </ul>
	Datentransfer?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Datenschutzvorgaben beachten und trotzdem den Jugendlichen aufsuchen und Einverständnis einholen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Jugendliche schriftlich über Kontaktaufnahme und Übergabe informieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Jugendlicher fühlt sich nicht übergangen und geht nicht verloren</li> </ul>
Erfolgreiche Arbeit mit der Zielgruppe	Was ist erfolgreiche Arbeit?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ „Erfolg“ selbst definieren</li> <li>▮ zeitliche Eingrenzung von Case Management</li> <li>▮ Konkurrenz zwischen den Projekten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Zeit für Beziehungsarbeit</li> <li>▮ Netzwerk aktivieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Motivation der Jugendlichen</li> <li>▮ Selbstverantwortung</li> </ul>
	Wie werden Problemlagen erfasst? Welche Erfahrungen gibt es? Mit welchen Methoden wird gearbeitet?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Vertrauens- und Beziehungsarbeit</li> <li>▮ Persönliche Ebene</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Zeit, Geduld</li> <li>▮ Auftragsklärung</li> <li>▮ Einzelfallarbeit, Case Management,</li> <li>▮ Zielvereinbarungen, Förderplanung</li> <li>▮ Frühzeitige Berufsorientierung</li> <li>▮ Systemische Ansätze</li> <li>▮ Eltern- und Biographiearbeit</li> <li>▮ Gruppen-, Mentoren- und Peer-Group-Arbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Passgenaue Methoden</li> </ul>
	Wie wird die Zielgruppe obdachloser Jugendlicher erreicht? Welche Methoden gibt es?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Multiple Schwierigkeiten</li> <li>▮ Kontinuität</li> <li>▮ Strukturelle Rahmenbedingungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Langfristige Begleitung, Beziehungsarbeit</li> <li>▮ Freiwilligkeit</li> <li>▮ Lebenswelt- und Sozialraumbezug</li> <li>▮ Struktur und verlässliche Rahmenbedingungen</li> <li>▮ Vernetzung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Vertrauen</li> <li>▮ Langfristige Begleitung</li> <li>▮ Vorbereitung auf selbständiges Leben</li> </ul>
	Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Strukturen?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Land: Chancengleichheit, Mobilität, Sozialraum muss verlassen werden</li> <li>▮ Stadt: Strukturierung der Vielzahl an Möglichkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Land: verstärkt aufsuchende Arbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Land: mehr Chancengerechtigkeit für Praktika und Ausbildung</li> </ul>

THEMA	KONKRETE FRAGESTELLUNGEN	HERAUSFORDERUNGEN	LÖSUNGSANSÄTZE	POSITIVE WIRKUNGEN
<b>Internationale Jugendarbeit</b>	Wie kann bei Jugendlichen Interesse an internationaler Jugendarbeit geweckt werden? Wie muss die Ansprache der Jugendlichen gestaltet werden?	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Maßnahmen internationaler Jugendarbeit müssen integraler Bestandteil der Arbeit (Werkzeugkoffer) werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Jugendliche in die Arbeit/Planung mit einbeziehen</li> <li>■ Good Practice-Austausch zwischen den Trägern fördern</li> <li>■ Peer-to-Peer-Informationen über die Wirkung</li> <li>■ Angebote für Fachkräfte ermöglichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Die Wirkung internationaler Jugendarbeit als non-formales Bildungsangebot ist wissenschaftlich belegt.</li> <li>■ Internationale Jugendarbeit ist ein wichtiges Instrument zur Integration Jugendlicher.</li> </ul>
<b>Diversität und Chancengleichheit</b>	Wie lässt sich ein gleichberechtigter Zugang aller Jugendlichen zu den Angeboten gestalten?	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Erreichbarkeit, Ansprache</li> <li>■ Bindung, Konstanz</li> <li>■ Pluralität, Vielfalt</li> <li>■ Möglichkeiten von sozio-kultureller Teilhabe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Marketing für Jugendliche</li> <li>■ Case Management</li> <li>■ Maßnahmepluralität</li> <li>■ Elternarbeit</li> <li>■ Lobbyarbeit, Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>■ Netzwerkarbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Stärkung der Wahrnehmung</li> <li>■ Passgenaue Maßnahmen</li> <li>■ Akzeptanz der Maßnahmen</li> <li>■ Problemprävention</li> <li>■ Horizonterweiterung</li> </ul>
<b>Nachhaltigkeit der Wirkung</b>	Welche Voraussetzungen/Bedingungen benötigt eine nachhaltige Wirkung?	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Projektlaufzeiten</li> <li>■ Mitarbeiterfluktuation</li> <li>■ Neue Partner auf Grund von Ausschreibungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Motivation und Ziele abklären</li> <li>■ Passgenaue Vermittlung des Jugendlichen</li> <li>■ Nachbetreuung, Gesprächsangebote</li> <li>■ Basis nachhaltig gestalten</li> <li>■ Politischer Wille, Strukturen nachhaltig zu entwickeln und zu finanzieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Eigene und selbstbewusste Lebensgestaltung</li> <li>■ Vertrauen durch feste Anlaufstellen</li> </ul>

## Ergebnisse aus Themenblock 3

### Erfolgreiches Management der Kommune am Übergang benachteiligter junger Menschen.

#### Wie gestaltet eine Kommune Aufgaben, Prozesse und Instrumente optimal?

THEMA	KONKRETE FRAGESTELLUNGEN	HERAUSFORDERUNGEN	LÖSUNGSANSÄTZE	POSITIVE WIRKUNGEN
<b>Die Rolle der Kommune</b>	Steuerung – Grenzen und Möglichkeiten? Wie ist Verbindlichkeit bei allen Akteure herzustellen? Wie werden Doppelstrukturen vermieden?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Fehlende Koordination vor Ort</li> <li>▮ Viele Ansprechpartner, aber keine Koordination</li> <li>▮ Interesse der Träger an Arbeitskreisen aufbauen und erhalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Übergangmanagement muss in der Kommune „hoch aufgehängt“ sein</li> <li>▮ Einbindung der operativen Ebene</li> <li>▮ Kommune adressiert Träger SGB II, III und VIII</li> <li>▮ Arbeitskreise mit Verantwortung und Entscheidungsbefugnis</li> <li>▮ Übergangmanagement als ein eigener rechtskreisübergreifender Bereich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Transparenz</li> <li>▮ Verbindliche Steuerung und Koordination</li> </ul>
<b>Geeignete Instrumente und Monitoringsysteme zur Steuerung</b>	Einsatz? Entwicklung und Implementierung? Leistungsfähigkeit?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Einbeziehung der Schulen</li> <li>▮ Hohe Anzahl an Jugendlichen ohne Schulabschluss</li> <li>▮ Wenig Ausbildungsplätze für besonders benachteiligte Jugendliche</li> <li>▮ Ausbildungsabbrecher werden nicht erfasst</li> <li>▮ Datenschutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Kompetenzfeststellung</li> <li>▮ Kompetenzentwicklungsprogramm</li> <li>▮ Elterngespräche</li> <li>▮ Qualitätsbausteine</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Steigerung der Anzahl von Jugendl. mit Hauptschulabschluss in Ausbildung</li> <li>▮ Ausbildungsvielfalt durch Gender- und Cultural mainstreaming</li> <li>▮ Steigerung der höheren Schulabschlüssen</li> <li>▮ Überzeugung der politischen Akteure durch Verringerung der Folgekosten</li> </ul>
<b>Schaffung nachhaltiger Strukturen</b>	Was versprechen sich die Partner von der Kooperation? Verbindlichkeit? Nachhaltigkeit? Wie kann die Kommune den Bedarf abdecken?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Kommune muss Sicherheit schaffen.</li> <li>▮ Hat die Kommune die Kenntnisse und Ressourcen?</li> <li>▮ Strukturen schaffen bei leeren Kassen</li> <li>▮ Politische Entscheidung</li> <li>▮ Wahrgenommene Konkurrenz der Träger</li> <li>▮ Infrastruktur der Vernetzung schaffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Schnittstellen-Management</li> <li>▮ Netzwerk bauen</li> <li>▮ Aufgaben für Vernetzung festlegen</li> <li>▮ Lokale Begleitung definieren</li> <li>▮ Jugendberufsagentur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▮ Übersicht/Transparenz</li> <li>▮ Wissensmanagement</li> <li>▮ Qualitätsstandards für Projekte</li> <li>▮ Regionale Bedarfe werden gedeckt.</li> </ul>

## Präsentation der Ergebnisse aus dem World Café



**Andreas Starz, Lokaler Koordinator „Aktiv in der Region“  
im Jugend- und Sozialamt der Stadt Pforzheim**



**Hans-Georg Hiesserich, Leiter des Referats Migrations-  
und Integrationsprojekte bei der Otto Benecke Stiftung e. V.**



**Maik Ahne, HORIZONT e.V., Projektleiter Integrationscoach  
(Projekt, das im Rahmen von „Aktiv in der Region“ umgesetzt wird)  
im Landkreis Nordhausen**



**Susanne Steininger, Bereichsleiterin für die Jugendsozialarbeit bei  
der MaßArbeit kAÖR im Landkreis Osnabrück**

### Moderatorin:

Für den Themenblock „Zusammenarbeit optimieren – Kooperationsstrukturen schaffen. Wie gelingt eine wirkungsvolle Abstimmung aller Akteure vor Ort?“ bitte ich jetzt Andreas Starz nach vorne. Herr Starz ist im Jugend- und Sozialamt der Stadt Pforzheim Projektmanager und Lokaler Koordinator von „Aktiv in der Region“. Herr Starz, wenn Sie jetzt noch einmal Revue passieren lassen, was Sie besprochen haben, gibt es dann Aspekte, von denen Sie sagen würden, das hat sich mehrfach wiederholt, das waren die entscheidenden Punkte?

### Andreas Starz

Verschiedene Aspekte haben sich wiederholt. Das Wesentliche ist die Zusammenarbeit auf persönlicher Ebene. Es klappt vor Ort dann, wenn Strukturen so geschaffen werden, dass man „eine Beziehung“ aufbaut. Das braucht Zeit – dies ist ganz klar gesagt worden. Wir hatten ein Beispiel, in dem es zehn Jahre gedauert hat, um mit den Schulen, mit den Rektoren dort hinzukommen, wo man hin wollte. Also Zeit und Beziehungsaufbau sind ganz entscheidende Faktoren. Es geht um klare Absprachen: dass ganz klare Ziele gesteckt sind „was wollen wir und wo wollen wir hin“. Und es geht bei diesen Absprachen darum, dass die höchste Führungsebene im wahrsten Sinne des Wortes sagt: „Ja, das wollen wir und das ist uns wichtig!“. Diese Information muss von ganz oben transportiert werden mit dem Bekenntnis „ich stehe dahinter“. Es läuft gut, wo zeitliche und personelle Ressourcen vorhanden sind, um Strukturbeziehungen aufzubauen, und wo Kontinuität vorherrscht.

**Moderatorin**

Gibt es bestimmte Strukturen, die dazu führen, dass es hier klappt und dort noch nicht so gut?

**Andreas Starz**

Es funktioniert dort, wo man ein klares Ziel vor Augen hat, wo man bündelt und wo immer wieder die Führungsebene mitgenommen wird. Also wenn man zum Beispiel das staatliche Schulamt gewinnt, Direktoren gewinnt, wenn man den Bürgermeister auf seiner Seite hat, den Landrat – das sind ganz klar Bedingungen, die wir brauchen.

**Moderatorin**

Und ob man sie gewinnt – gibt es dafür gewisse Regelmäßigkeiten, die ausgemacht wurden?

**Andreas Starz**

Das ist von Region zu Region unterschiedlich. Manche haben es wirklich geschafft, eine Steuerungsgruppe zu etablieren, alle wichtigen Akteure an einen Tisch zu holen und zu sagen: „Das wollen wir – und nicht nur eine Vereinbarung zu unterschreiben, damit man ein Blatt Papier verschwendet hat – sondern eine wirkliche Kooperation, also ganz klare Absprachen, die auch immer wieder reflektiert werden müssen.“

**Moderatorin**

Gibt es denn mit Blick auf das Programm etwas, wo Sie sagen würden: „Das haben mehr oder weniger alle gesagt, das wünschen wir uns für die Zukunft.“?

**Andreas Starz**

Ein Wunsch, den ich wichtig finde, ist, dass man auf Bundesebene etwas unternimmt, damit es erleichtert wird, dass die drei Rechtskreise miteinander kommunizieren. Also da sollte auch bitte jeder in seinem Rechtskreis seine Hausaufgaben machen.

**Moderatorin**

Für das Beispiel Unternehmen und Wirtschaft, bitte ich jetzt Hans-Georg Hiesserich nach vorne. Er leitet bei der Otto Benecke Stiftung e. V. das Referat „Migrations- und Integrationsprojekte“. Herr Hiesserich, gab es den Top-Aspekt oder die Top-Aspekte?

**Hans-Georg Hiesserich**

Es gab zunächst einmal die Feststellung, dass wir hier mit Akteuren an einem Tisch saßen, die noch eher fremdeln, die noch nicht miteinander vertraut sind: Schule und Jugendarbeit auf der einen Seite, Wirtschaft auf der anderen Seite. Es ist noch nicht die Regel, dass man miteinander redet und dass man gemeinsame Planungen macht, auch dass man sich über die gemeinsamen Win-Win-Ziele verständigt. Wenn das allerdings geschieht – so wie es heute in drei Runden stattgefunden hat – dann kommt man sehr schnell zu Ergebnissen und sieht, dass beide Seiten davon nur profitieren können – von den Jugendlichen natürlich ganz abgesehen.

**Moderatorin**

Haben Sie dafür Ursachen ausmachen können in Ihren Runden?

**Hans-Georg Hiesserich**

Ursachen weniger, sondern eher Erfolg versprechende Vorgehensweisen. Es wurde ganz klar gesagt: Überall da, wo die Kommune sich vorne in den Zug setzt und wo sie diese Diskussionen anstößt, wo sie sozusagen als Moderatorin des Gesprächs zwischen Schule/Jugendhilfe und Wirtschaft wirkt, da funktioniert es. Und es kommt immer darauf an, dass sich einer den Hut aufsetzt und sagt: „Ich will etwas erreichen, ich will etwas verändern.“ Der Erfolg wird ihm dann Recht geben.

**Moderatorin**

Hat man gesagt: „Da bietet das Programm noch nicht genug Möglichkeiten oder die Möglichkeiten werden nicht ausgeschöpft, da würden wir es uns anders wünschen.“?

**Hans-Georg Hiesserich**

Auf Seiten der Wirtschaft sind wahrscheinlich viele Förderinstrumente noch nicht bekannt. Und dort, wo Förderinstrumente bekannt sind, besteht häufig der Wunsch nach größerer Flexibilisierung: Dass man beispielsweise nicht an starre Ausschreibungsfristen oder Vergaben gebunden ist und als Wirtschaftsunternehmen damit konfrontiert ist, dass immer wieder ein neuer Träger ins Haus kommt. Es muss Kontinuität eintreten, und auf Grund dieser Kontinuität werden dann auch langfristig Erfolge zu verzeichnen sein.

**Moderatorin**

Und das wurde auch als Optimierungsbedarf oder auch Optimierungspotenzial für das Programm identifiziert?

**Hans-Georg Hiesserich**

Ja, ich denke in der Tat, dass hier ein großes Potenzial liegt. Es wurde ganz deutlich gesagt, dass man gerade den demografischen Wandel nicht nur als Problem sehen soll, sondern auch als Chance verstehen muss, weil Wirtschaft jetzt beginnt, sich wieder um den einzelnen Jugendlichen zu kümmern. Ich glaube, wir sind auf einem Weg, wo der Ausbildungsmarkt von einem Angebotsmarkt mehr und mehr zu einem Nachfragemarkt wird. Das betrifft zwar zur Zeit noch eher die kleineren Unternehmen und nicht die großen Konzerne, aber die Gedanken sind da. Und das eröffnet natürlich dann auch neue Chancen für die Jugendlichen, nach dem Motto „Wenn wir alle weniger werden, müssen eben alle besser werden.“ Man sitzt dann wieder in einem Boot.

**Moderatorin**

„Neue Chancen für die Jugendlichen und neue Herangehensweisen seitens der Unternehmen“ – das wird auch noch einmal Thema in der Podiumsdiskussion sein. Dankeschön, Herr Hiesserich.

Für die Frage „Wie erreiche ich meine Zielgruppe?“ kommt jetzt Maik Ahne zu mir. Er ist bei Horizont e.V. in Nordhausen Leiter eines Projekts, das im Rahmen von „Aktiv in der Region“ umgesetzt wird.

Auch an Sie noch mal die Frage: Was waren bei Ihnen die Themen, von denen Sie sagen würden: „Die kamen immer wieder auf den Tisch, die haben alle bewegt, die haben alle beschäftigt, und da haben wir uns besonders dran abgearbeitet.“?

**Maik Ahne**

Ein Thema war die Nutzung neuer Medien zur Erreichung der Zielgruppe. Wir haben das Thema soziale Netzwerke thematisiert: Welche Möglichkeiten diese bieten, wenn man im Rahmen der Projektarbeit Profile anlegt und die Kommunikationsmittel ausnutzt, Kontakt herstellt, eine Chat-Plattform anbietet und dergleichen. Die Erfahrungen waren ambivalent. Angebote werden dann von den Jugendlichen genutzt, wenn ein fester Ansprechpartner dahinter steht und keine Institution.

Ansonsten waren Themen „Niederschwelligkeit von Angeboten“ und die „direkte Erreichbarkeit“. Eine Frage war, wie man Niederschwelligkeit erreichen kann: im Zuge von flexiblen Öffnungszeiten, zu denen man wirklich vor Ort ist, und, indem man einen „Behördencharakter“ vermeidet – zumindest dann, wenn man die Arbeit als freier Träger anbietet.

**Moderatorin**

Und hat man auch oder haben Sie auch darüber gesprochen, inwieweit das Programm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ dafür jetzt eine Brückenstärkung bedeutet? Oder ob vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch – wie Herr Dr. Kues gesagt hat – noch nachgesteuert werden müsste?

**Maik Ahne**

Die Lückenschlussprojekte, die jetzt zum Teil initiiert wurden, sind auch Thema gewesen, und, dass davon auf jeden Fall profitiert werden kann. Wir haben gefragt: „Was könnte verbessert werden? Was würden Sie sich wünschen für Ihre praktische Arbeit?“. Da ging es vor allem um mehr zeitliche Flexibilität in der Zusammenarbeit mit Behörden. Dann kam auch das Thema auf, dass jeder wirklich das machen sollte, wofür er da ist. Zuständigkeiten dürfen nicht hin und her gereicht werden, und Teilnehmer müssen wissen, wo sie hingehen sollen.

**Moderatorin**

Gab es Wünsche für die Zukunft?

**Maik Ahne**

Auf jeden Fall wurde mehr Kontinuität im Rahmen der Personalbesetzung thematisiert, vor allem unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, damit eine langfristige Wirkung der aufgelegten Projekte erzielt werden kann.

**Moderatorin**

Für den Themenblock „Erfolgreiches Management der Kommune am Übergang benachteiligter junger Menschen. Wie gestaltet eine Kommune Aufgaben, Prozesse und Instrumente optimal?“ bitte ich Susanne Steininger zu mir. Sie ist Bereichsleiterin für die Jugendsozialarbeit im Landkreis Osnabrück bei der MaßArbeit kAöR. Was waren Ihre Kernthemen?

**Susanne Steininger**

Ein Kernthema war vor allen Dingen „Steuerung versus Koordinierung“, also: Wo fängt man mit der Koordinierung an? Wen muss man alles unter einen Hut bringen? Und wo fängt man mit Steuerung an? Wie weit kann man gehen, und wo sind Grenzen der Steuerung? Sehr deutlich wurde, dass gerade da, wo andere Verantwortlichkeiten anfangen, die kommunale Steuerung ihre Grenzen hat. Wenn ich an die SGB II- oder III-Träger denke, gilt es einfach manchmal Grenzen zu akzeptieren. Da sind wir dann wieder bei „Aktiv in der Region“ und müssen auf die Lücken gucken und diese dann mit den sehr offenen Angeboten im SGB VIII schließen. Man muss kreativ werden und gucken, welche Lücken man hat und wo man wirklich gestalten kann. Und das hat bei vielen Kommunen natürlich auch mit Geld zu tun. Es geht schon darum, selber Dinge anzupacken und auch verantwortlich voranzutreiben, aber man braucht auch die nötigen Mittel, um die Partner mit in's Boot zu holen. Man motiviert Partner auch durch Geld; natürlich auch durch die Eigenmotivation, aber die finanziellen Möglichkeiten spielen da durchaus eine Rolle.

**Moderatorin**

Was spielt noch eine Rolle? Sicherlich hatten Sie in Ihrer Runde noch einen anderen Ansatz.

**Susanne Steininger**

Der andere Ansatz war: Was kommt am Ende dabei raus? Es muss ja auch irgendeinen Gewinn für die Beteiligten haben, und da waren wir sehr schnell bei der Frage: Wie müssen Gremien eigentlich besetzt sein? Muss das auf Leitungsebene sein? Auf Arbeitsebene? Mischen sich die beiden Ebenen? Was macht da Sinn? Ein Beispiel aus Hamburg fand ich sehr schön: Dort findet eine fallbezogene Kooperation statt. Da setzen sich die Akteure zusammen und besprechen Einzelfälle. Datenschutzrechtlich wurde hier ein gangbarer Weg gefunden, so dass zumindest die SGB II-, SGB III- und VIII-Träger an einen Tisch kommen können.

## Podiumsdiskussion: Vor Ort an einem Strang ziehen für benachteiligte junge Menschen – aber wie? Verantwortlichkeiten und Kooperation am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung.

### Es diskutierten:

*Leo Jansen, Personalreferent DHL Freight GmbH*

*Beate Kostka, Bereichsleiterin Produktentwicklung Aktive Arbeitsförderung SGB II,  
Bundesagentur für Arbeit*

*Dr. Andreas Rickert, Vorstand PHINEO gemeinnützige AG*

*Lutz Stroppe, Leiter der Abteilung Kinder und Jugend des Bundesministeriums für  
Familie, Senioren, Frauen und Jugend*



### Moderatorin

Staatliche Institutionen, Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft – viele Akteure, wir haben es heute immer wieder gehört, wollen benachteiligten jungen Menschen unter die Arme greifen. Die Akteure wissen, dass sie sich dafür vor Ort zusammenschließen, dass sie Hand in Hand arbeiten müssen. Aber auf welche Art und Weise gestaltet man dieses Hand-in-Hand-Arbeiten optimal? Was soll man tun? Was sollte

man lassen? Wie sehen die Verantwortlichkeiten und wie die Kooperationen am Übergang von der Schule in die Ausbildung oder die Beschäftigung aus? Das sind die Grundfragen dieses Tages, und die wollen wir jetzt besprechen und – ich hoffe – auch diskutieren.

Herr Stroppe, um junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen, sind ja mehrere Parteien zuständig: Agentur für Arbeit, Jobcenter, Träger der kommunalen Jugendhilfe. Können Sie uns noch einmal ganz kurz aus Ihrer Sicht sagen, inwieweit Ihr Haus, das Ministerium, zuständig ist oder dazu beiträgt, dass es da eine ganzheitliche, eine vernetzende und auch eine rechtskreisübergreifende Betreuung von Jugendlichen in den Kommunen gibt?

### Lutz Stroppe

Die Aufgabenstellungen sind schon rein theoretisch sehr klar voneinander abgegrenzt. Das BMFSFJ sieht seine Aufgabe einmal in der Stärkung der Jugendsozialarbeit insgesamt – auch in den Bundesstrukturen –, aber auch in der Anregungsfunktion vor Ort. Es kümmert sich speziell um die Jugendlichen, die aus den Systemen vollständig herausgefallen sind – ob das nun die harten, aktiven Schulverweigerer sind oder diejenigen, die keinen Anschluss mehr finden in den verschiedenen beruflichen Bereichen. Das sind Jugendliche, bei denen das BMFSFJ über die Partner vor Ort in JUGEND STÄRKEN konkrete Hilfestellungen geben will. Und auch Kommunen versuchen Hilfestellungen zu geben und solche Maßnahmen anzuregen und in das System zu bringen. Wir arbeiten eng mit ihnen zusammen. Das BMFSFJ kommt als Vermittler und als Anreger, als starker Partner ins Spiel.

**Moderatorin**

Und was ist mit dem Programm „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ in dieser Beziehung?

**Lutz Stroppe**

Wir haben in vielen Kommunen sehr viel Engagement im Bereich Übergang Schule-Beruf. Aber wir stellen gleichzeitig fest, dass es an bestimmten Punkten auch immer wieder Dinge gibt, die dort nicht so gut oder vollständig entwickelt worden sind. Und genau dort setzt das BMFSFJ an. Zum Beispiel: Wenn es in einer Region keine Maßnahmen für Jugendliche gibt, die Schulabbrecher sind, dann kann über „Aktiv in der Region“ ein Lückenschluss geschaffen und sich auch um diese Zielgruppe gekümmert werden. Und das ist das Besondere an diesem Programm, das Einmalige, und es hat damit eine wichtige Funktion über die Programme, die es schon gibt, hinaus: Ansatzpunkte zu finden, um mit Jugendlichen zusammenzuarbeiten.

**Moderatorin**

Dankeschön, Herr Stroppe. Frau Kostka, zum einen den Lückenschluss bewirken, zum anderen ein Nebeneinanderher oder Durcheinander verhindern, indem man sozusagen eine echte Kooperation mit auf die Beine stellt. Funktioniert das aus Ihrer Sicht oder gibt es nicht hier und da trotzdem noch ein ziemliches „Gewurschtel“?

**Beate Kostka**

Das ist eine schwierige Frage. Bundesweit gesehen, glaube ich, schon, einfach auch, weil die Rechtssysteme sehr unterschiedlich angelegt sind. Ich gebe einmal ein Beispiel: Wir haben für unsere Jobcenter abgefragt, wie viele Arbeitsmarktprogramme es denn bundesweit gibt, und sind auf 127 gekommen, auf die man zugreifen kann. Also gibt es eine Menge Möglichkeiten, und sich da zurecht zu finden, ist nicht einfach. Ich glaube aber auch, dass es sehr viel Expertise in diesen unterschiedlichen Rechtssystemen gibt, und da ist es die Kunst, diese sehr intelligent miteinander zu verknüpfen und den besten Weg durch diesen Dschungel zu finden und vielleicht auch dem einen oder anderen zu sagen: „Diesen Baum musst du irgendwie anders pflanzen, weil wir den so nicht brauchen.“

Ich glaube schon, dass es da sehr viele gute Beispiele gibt, an denen man sich auch orientieren sollte. Und ich glaube, dass das auch ein Ansatz von „Aktiv in der Region“ ist – ähnlich, wie wir das mit den „Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf“ verfolgen: erst einmal zu gucken, was denn unter den komplexen Rahmenbedingungen doch geht und wo es gute Ansätze gibt, die man vielleicht auch bundesweit übertragen kann.

**Moderatorin**

Was würden Sie denn sagen, wo das Programm gegriffen hat? Oder wovon es abhängt, ob es an der einen Stelle greift und an der anderen Stelle vielleicht auch nicht so gut greift?

**Beate Kostka**

Ich glaube, das ist in vielen Arbeitsgruppen heute deutlich geworden. Das hängt viel mit der Leidenschaft und dem Engagement für das Thema zusammen. Für mich war immer entscheidend: Man braucht an einer Spitze einer Organisation – egal, ob das jetzt Kommune, Jobcenter oder Agentur ist – welche, die Vorkämpfer sind, die sich auch in einer Region – egal, ob das eine „haushaltssichernde“ oder eine „reiche“ Kommune ist – als Vorkämpfer für dieses Thema

begreifen. Und ich glaube, dann kann es wirklich gelingen, dass man ein Stückchen weiter kommt in der Region. Dafür steht „Aktiv in der Region“, aber das gab es vorher auch schon. Es ist ja nicht so, dass man jetzt eine Idee neu erfindet, sondern vielleicht noch einmal auf bestimmte schwierige Punkte gesondert hinweist.

Es reden ja viele über Fachkräftebedarf. Schön und gut, aber wir haben trotzdem Jugendliche und Familien, die auf der Strecke bleiben, und da muss man sich auch kümmern und das immer wieder sagen. Und deswegen glaube ich, dass solche Impulse, die durch so ein Programm gesetzt werden, einfach gut sind.

#### **Moderatorin**

Herr Jansen, man hat ja von außen betrachtet so ein bisschen den Eindruck, jetzt, wo die demografische Entwicklung anfängt, echte Schwierigkeiten zu machen – das heißt, wo nicht mehr junge Leute vor den Toren der Unternehmen Schlange stehen, um einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz zu bekommen, sondern umgekehrt, viele Unternehmen anfangen, zu den Jugendlichen zu gehen und zu sagen: „Komm doch bitte zu uns, mach bei uns eine Ausbildung.“ oder: „Willst du nicht bei uns einen Job haben?“ –, entdeckt die Wirtschaft ihr Herz auch für solche jungen Menschen, die sie bisher eigentlich gar nicht so im Blick hatte: benachteiligte Jugendliche aus schwierigen Lebenssituationen, die eine schlechtere Qualifikation oder gar keine Qualifikation haben. Ist das auch Ihre Wahrnehmung?

#### **Leo Jansen**

Ja, das ist so, wir merken das ganz deutlich. Wenn wir einmal das Jahr 2005 nehmen: Da haben wir als Firma säckeweise Bewerbungen bekommen. Das geht enorm rapide runter. Wir wissen, was in Zukunft auf uns zukommt. Wir haben also gar keine Wahl, einfach abzuwarten, sondern müssen aktiv auf die Jugendlichen zugehen. Wir müssen natürlich auch aktiv auf die Jugendlichen zugehen, die vielleicht keine Einser- und Zweier-Kandidaten sind. Wir haben aber auch Jobangebote nicht immer nur für Einser- und Zweier-Kandidaten. Wer bei uns im Lager arbeitet, der muss kein Einser- oder Zweier-Kandidat sein, der muss aber ein Kerniger sein, der muss zuverlässig sein, und dann kann er durchaus auch mit einem nicht so „knackigen“ Schulzeugnis bei uns arbeiten.

#### **Moderatorin**

Wie funktioniert auf dem Feld, das für Unternehmen zunehmend relevanter wird, also die Rekrutierung junger Leute für Ausbildung und Jobs, die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen? Ist das eine gute Kooperation? Werden Sie da unterstützt oder sagen Sie an der einen oder anderen Stelle: „Da bräuchten wir noch ein bisschen mehr Drive.“?

#### **Leo Jansen**

Also wir lehnen uns da ganz bequem zurück. Wir haben eine Kooperation mit der Otto Benecke Stiftung e. V. Wir definieren, was wir brauchen, und die Otto Benecke Stiftung regelt den Rest für uns. Das ist für uns natürlich sehr luxuriös, denn die Partner der Otto Benecke Stiftung wissen, wo sie andocken müssen, wo sie Kooperation herstellen oder Informationen weitergeben müssen.

**Moderatorin**

Ein Beispiel für eine solche Kooperation?

**Leo Jansen**

Das ist relativ einfach. Wir arbeiten im Projekt „teenwork“, das auch vom Familienministerium unterstützt wird, mit der Otto Benecke Stiftung zusammen. In der ersten Runde haben wir 40 Praktikantenplätze zur Verfügung gestellt; daraus sollten mindestens 30 Ausbildungsplätze entspringen. Jetzt sind wir in der dritten Runde. Als Ausbildungsberufe haben wir bislang zum einen den Speditionskaufmann, zum anderen auch den Fachlageristen angeboten. In der dritten Runde werden wir sogar – nach heutigem Stand – den Berufskraftfahrer anbieten. Über diesen Weg haben wir ganz vernünftige Leute bekommen. Vielleicht nicht so viele, wie wir in unserer ersten Euphorie erwartet hatten. Aber ich glaube, beide Seiten müssen einfach lernen, noch besser – etwa in einem solchem Kreis wie hier – zu kommunizieren, dass es die Möglichkeiten gibt, und dann versuchen wir, aus den Erfahrungen der letzten Runden schlauer zu werden und es professioneller zu machen.

**Moderatorin**

Sie haben eben gesagt, Sie haben vielleicht nicht die Einser- oder Zweier-Kandidaten. Da habe ich mich gefragt, ob vielleicht jetzt im Zuge der sich sehr stark ändernden Situation, dass den Unternehmen die jungen Leute ausgehen, sich vielleicht auch der Blick auf die jungen Leute ändert und man sagt: „Es ist ja gar nicht immer nur wichtig, Einser- und Zweier-Kandidaten zu haben. Sondern diese jungen Menschen bringen zum Teil – also wenn ich jetzt einmal an junge Männer und Frauen aus Einwandererfamilien denke – Qualifikationen mit, die andere nicht haben. Vielleicht hat ein Teil von ihnen keinen oder keinen guten Schulabschluss, aber sie können andere Sprachen, sie kennen andere Kulturen.“ Ändern Unternehmen auch ihren Blick?

**Leo Jansen**

Wir haben es an der Stelle auf jeden Fall getan. Diese ganzen jungen Bewerber mit Migrationshintergrund können etwas, was wir als Deutsche niemals schaffen werden, nämlich beispielsweise vernünftig Türkisch oder Russisch zu sprechen. Als internationales Unternehmen wollen wir diese jungen Menschen natürlich einsetzen, sie mit unserem deutschen dualen System ausbilden und ihnen dann die Möglichkeit geben, an einer Stelle in unserem Unternehmen ihre Kompetenzen einzusetzen – vielleicht auch, wenn sie wollen, an Stellen in ihren Ursprungsländern. Da können wir noch nicht auf Erfahrungen zurückgreifen, weil die möglichen Kandidaten erst im zweiten Ausbildungsjahr sind, aber wenn das funktionieren würde, wäre das ein Riesenvorteil für uns.

**Moderatorin**

Vielen Dank. Herr Rickert, was ist für soziale Investoren – also Stifter, Spender, sozial engagierte Unternehmen – besonders interessant daran, besonders attraktiv daran, besonders effizient oder verdienstvoll daran, junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen, ihnen unter die Arme zu greifen?

**Dr. Andreas Rickert**

Ich glaube, die Diskussion gerade hat schon gezeigt, welche gesellschaftliche Herausforderung wir haben, dass wir eigentlich nicht abwarten können, sondern aktiv werden müssen. Und das sehen durchaus auch die sozialen Investoren – also private Geldgeber, Unternehmen, Stiftungen oder Privatpersonen – die sich hier engagieren wollen. Attraktiv macht es die Hebelwirkung, die man an der Stelle hat: Wenn man einen Jugendlichen in dieser ganz entscheidenden kritischen Phase im Leben unterstützt, dann hat man damit einen riesigen Impact, eine ganz große Wirkung auf das Leben dieser Einzelperson. Außerdem profitieren auch die Unternehmen, die entsprechend gute Mitarbeiter bekommen, der Staat, für den sich die Folgekosten entsprechend verringern, und letztlich die Gesellschaft, in der es eine größere Chancengleichheit gibt und in der wir jeden mitgenommen haben.

Wir sehen, dass sich viele engagieren wollen. Aber wir sehen eben auch, dass das nicht ganz so einfach ist. Sie haben als DHL die große Chance, sich eine Stiftung an Ihre Seite zu nehmen. Privatpersonen, die sich engagieren möchten, wissen hingegen nicht immer, wie sie das effektiv tun können. Wir haben gerade das Stichwort „Dschungel“ gehört. Es ist ja offensichtlich schon für die Experten nicht so einfach im Netzwerk der verschiedenen Akteure den richtigen Partner zu finden und zu wissen: „Wo sind die Guten, wo ist mein Geld besonders gut untergebracht?“. Deswegen gibt es hier noch eine große Kluft zwischen der Bereitschaft, sich zu engagieren, weil man die Notwendigkeit dazu sieht, und dem wirklichen Engagement. Wir versuchen dabei zu helfen, dass das, was an Willen zum Engagement da ist, auch sinnvoll umgesetzt wird.

**Moderatorin**

Das ist dann also die Kluft, in die eine Organisation wie Ihre hineinstößt. Ist das dann Zufall, dass jemand an Sie gerät oder an vergleichbare Institutionen, oder machen Sie so eine Art aufsuchende Arbeit, sagen: „Da gibt es ein potenzielles Interesse, auch einen Willen sich zu engagieren, und den nehmen wir jetzt an die Hand, da haben wir so eine Art Lotsenfunktion oder bilden diese Brücken.“?

**Dr. Andreas Rickert**

Ich hoffe, dass diese Lotsenfunktion nicht rein zufallsbedingt ist, sondern dass wir Soziale Investoren sehr gezielt erreichen können. Wir sind eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, und alles, was wir an Erkenntnissen haben, ist öffentliches Gut. Jeder kann unsere Informationen als Orientierungshilfe nutzen. Wir wollen Engagement steigern und jeden, der sich engagieren möchte, dabei unterstützen, den richtigen Partner da draußen zu finden.

**Moderatorin**

Sie sind ja die Brücke zu gemeinnützigen Organisationen. Gibt es denn etwas, was gemeinnützige Organisationen auf diesem Feld der Unterstützung für benachteiligte Jugendliche anders, was sie vielleicht sogar besser machen können als andere Institutionen?

**Dr. Andreas Rickert**

Ja, ganz bestimmt. Also man muss immer sehen, dass die Rolle der Zivilgesellschaft zwischen den verschiedenen Themenfeldern variiert, in denen sie sich engagiert. Eine gemeinnützige

Organisation im Umweltbereich agiert ganz anders und hat ganz andere Spezifika als eine im Bereich der Berufsvorbereitung. Ich glaube, ein Aspekt trifft aber immer zu: Zivilgesellschaftliche Akteure zeichnen sich durch eine sehr, sehr hohe Flexibilität aus. Sie können einfach schneller mal in eine bestimmte Idee reingehen. Sie können vernetzen. Sie können auch ein größeres Risiko eingehen, weil ihnen eine gewisse Innovationskraft zugesprochen wird und sie vielleicht nicht gleich Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob etwas sofort gelingt oder nicht. Also insofern: Wir haben großes Innovationspotenzial. Wir haben eine größere Risikobereitschaft. Wir haben Flexibilität. Und ich glaube, ein weiterer Vorteil gerade in diesem Feld ist, dass zivilgesellschaftliche Akteure nicht unmittelbar in den staatlichen Strukturen verhaftet sind, aber trotzdem an diese andocken. Dadurch können sie etwa die Rolle eines aktiven Vernetzers übernehmen.

### **Moderatorin**

Herr Stroppe, zivilgesellschaftliche Institutionen – Stiftungen zum Beispiel oder andere – wünschen sich ja immer, dass das, was sie machen, als so eine Art Leuchtturm, Pilotprojekt, Modell dient für den Staat, die unterschiedlichen staatlichen Institutionen und Ebenen. Gibt es da etwas, von dem Sie sagen würden: „Im Umgang mit benachteiligten Jugendlichen machen solche Organisationen etwas, das wir tatsächlich aufgreifen können, aufgreifen wollen und letztlich auch aufgreifen.“? Oder läuft das sehr stark nebeneinander her: hier die Zivilgesellschaft und da der Staat – hier Phineo und Herr Dr. Rickert und da Herr Stroppe und das Jugendministerium?

### **Lutz Stroppe**

Ich glaube, genau das Gegenteil ist hier der Fall, denn die staatlichen Stellen – und das betrifft natürlich insbesondere ein Bundesministerium – könnten ja gar nicht agieren und erfolgreich sein, wenn wir nicht zivilgesellschaftliche Organisationen der verschiedensten Art und Weise neben uns, mit uns, bei uns hätten, die uns beraten, die uns unterstützen und helfen. Es gibt viele – auch Stiftungen – mit denen wir auf verschiedenen Feldern eng zusammenarbeiten. Gemeinsam sind wir leistungsstark, gerade im Bereich der Jugendhilfe, wenn es darum geht, sich um den Jugendlichen insgesamt zu kümmern, sich seine private, seine familiäre Situation anzusehen und zu analysieren, ihn ein Stück weit in ein regelhaftes System zu begleiten – wie immer das aussehen mag – und ihm einen Weg zu sichern, auf dem er auch selber wieder Entscheidungen treffen kann. Da ist die Jugendhilfe ganz hervorragend aufgestellt. Da gibt es auf den verschiedensten Ebenen – auch bei freien Trägern – wirklich großartige Angebote.

Wo wir aber am Übergang von der Schule in den Beruf noch Verbesserungsmöglichkeiten sehen – wir haben das gerade diskutiert – ist die Vernetzung hin zu Wirtschaft, zu Ausbildungsplätzen: hier die Bereitschaft zu finden, dass sich Unternehmen auch Jugendlichen zuwenden, die vielleicht einmal, zweimal abgebrochen haben und bei denen es vielleicht noch andere Probleme gibt – und trotzdem sagen die Unternehmen: „Wir gehen mit diesem jungen Menschen den Weg Richtung Ausbildung, vielleicht über ein Praktikum oder Ähnliches.“ Ich glaube, da ist dann ein Punkt, an dem wir andere Partner brauchen, weil die Jugendhilfe noch nicht die ganze Breite der Expertise bietet, um mit einem solchen jungen Menschen umzugehen. Hier können gerade Stiftungen helfen. Wir könnten nicht agieren, wenn es diese Einrichtungen in dieser Form nicht gäbe.

**Moderatorin**

Frau Kostka, habe ich das eben falsch interpretiert? Haben Sie skeptisch geguckt?

**Beate Kostka**

Mir hat das heute Morgen gut gefallen, was Herr Lübking gesagt hat, dass man in einigen Kommunen die Jugendsozialarbeit wieder zum Thema machen muss. Auch bedingt durch den Haushalt dreht sich bei diesem Thema sehr viel um Geld, haben viele Gemeinden – meist auch ungewollt – die Jugendsozialarbeit zurückgefahren. Von daher hoffe ich, dass solche Projekte auch dazu dienen, eine Art Bestandsaufnahme zu machen: Was braucht man an Angeboten, wo muss entweder Privatwirtschaft helfen oder aber auch der Staat? In der Entwicklung in den letzten Jahren – nicht nur im SGB II – konnte ich manchmal gar nicht so schnell gucken, wie Projekte, die ich vorher sehr gut fand – in der Ergänzung auch zu Maßnahmen der Arbeitsverwaltung – auf einmal nicht mehr da waren, weil viele gesagt haben: „Jetzt haben wir doch ein SGB II und da ist doch ganz viel Geld.“ Das kann nicht der Weg sein. Ich glaube, da muss man auch sehr ehrlich in der Diskussion miteinander umgehen. Also ich glaube, dass wir manchmal nicht unbedingt einen Mangel an Mitteln haben, aber einen Mangel an Verständigung, was wir wirklich brauchen. Es gibt für den Jugendbereich eine Auflistung diverser Programme der Länder- und Bundesministerien – sogar das Verkehrsministerium fördert Ausbildungen –, und da frage ich mich: „Ist das der richtige Weg oder müssen wir uns nicht darüber unterhalten, wer den größten Hilfebedarf hat, um dann gezielt in diese Lücken reinzustoßen?“. Das ist unser aller Aufgabe.

**Moderatorin**

In Herrn Dr. Rickerts Finger hat es schon länger gezuckt, glaube ich.

**Dr. Andreas Rickert**

Ja, ich wollte nur noch etwas ergänzen zu der Thematik „Verzahnung“ oder „Parallelität von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren“: Also ich sehe es ganz genauso, dass diese Instanzen auf jeden Fall zusammengedacht werden müssen. Und sie werden es auch. Aber man muss immer aufpassen bei dem Rollenverständnis. Man darf die Zivilgesellschaft nicht zum Finanzier für einen sich zurückziehenden Staat oder zum Lückenbüsser degradieren. Stattdessen bietet die Zivilgesellschaft immer eine Zusatzleistung, wo vielleicht die Regelversorgung nicht entsprechend greift. In diesem Feld kann das zum Beispiel bedeuten, dass man Mentorenprogramme mit einer sehr starken individuellen Betreuung unterstützt, die vielleicht auch auf Ehrenamtsbasis funktioniert – was der Staat eben nicht leisten kann. Das ist eine typische Rolle der Zivilgesellschaft. Sie kann auch Zusatzleistungen anbieten, um einen Jugendlichen wirklich komplett abzuholen. Dabei ist es aber sinnvoll, an das staatliche System anzudocken, anstatt ein Angebot nebenher laufen zu lassen. Auf diese Weise kann sich die ganze Kraft der Zivilgesellschaft entfalten.

**Moderatorin**

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern immer ein, dass es irgendwann in die Breite geht und in die Strukturen diffundiert – was dann aber nicht immer passiert, Herr Stroppe, so gut man das Engagement dann auch im Einzelfall finden mag...

**Lutz Stroppe**

Zivilgesellschaftliche Gruppen, gerade Stiftungen, sagen oft von vornherein, sie sind nur eine bestimmte Zeit dabei – vorhin wurde von „Projektitis“ gesprochen –, und machen diese Arbeit dann fünf Jahre und erwarten, dass eine andere staatliche Organisation – ob das der Bund ist oder die Kommune – anschließend dort hineingeht und übernimmt. Das ist eine Schwierigkeit, mit der wir zu kämpfen haben. Dazu kommen immer auch die Fragen: Will man das Projekt in dieser Art und Weise überhaupt weiterführen, muss man es anpassen, um es noch erfolgreicher zu machen? Andererseits darf man hier tatsächlich nicht die Art der Finanzierung übersehen. Meistens ist das Verhältnis, wenn der Bund mit Trägern, mit Stiftungen zusammenarbeitet, ein sehr partnerschaftliches – um es vorsichtig auszudrücken –, was auch die Finanzierung angeht: Der Bund und andere tragen zumeist einen hohen Anteil der Kosten, auch wenn sich Stiftungen beteiligen.

Aber lassen Sie mich noch ein Wort zur Jugendhilfe sagen. Also es ist natürlich richtig – das beklagen wir als Bundesministerium auch –, dass oft § 13 SGB VIII nicht mehr ganz so wahrgenommen wird, wie wir uns das ebenfalls wünschen. Andererseits will ich schon eine Lanze für diejenigen brechen, die in der Jugendsozialarbeit aktiv sind: Wir sind im Bereich der Jugendsozialarbeit – gerade was wir an freien Trägern haben, was dort an Expertise und Betreuung vorhanden ist, in der ganzen Breite der verschiedenen Institutionen der Jugendhilfe – gut aufgestellt und wirklich leistungsfähig.

**Moderatorin**

Herr Jansen, an den Tischen des World Cafés, an denen ich war, sagte einer der Teilnehmer: „Also ich erlebe jetzt seit vielen Jahren immer wieder neue Programme. Immer wieder haben sie sozusagen den gleichen Kern: Es soll mehr Kooperation geben, mehr Vernetzung geben, die Wirtschaft soll mit im Boot sein.“ Haben Sie jetzt von Unternehmensseite den Eindruck, dass da in der Tat auch an Sie als Wirtschaft immer wieder neue Sachen, neue Initiativen, neue Vorstöße herangetragen werden, oder ist das aus Ihrer Sicht gar nicht so?

**Leo Jansen**

Ich glaube, das Problem, das wir haben, das haben sicherlich auch andere Firmen. Und wir erleben eigentlich mit Verwunderung, dass nicht mehr Stellen – egal welcher Art – an uns herantreten und uns um eine Kooperation bitten – in welcher Form auch immer. Ich glaube, die ganzen Wirtschaftsunternehmen müssen hier etwas riskieren, um die jungen Leute, um die es heute geht, in Lohn und Brot zu bringen.

**Moderatorin**

Das heißt, Sie nehmen die Vernetzung der Akteure – denn um die geht es ja auch heute – gar nicht so stark war, wie sie sein könnte oder sogar sein müsste?

**Leo Jansen**

Ich bin überrascht, dass wir erst im Jahr 2009 angesprochen worden sind. Das hätte auch schon eher passieren können.

**Moderatorin**

Herr Stroppe.

**Lutz Stroppe**

Ich will den Ball ein bisschen zurückspielen. Die demografische Entwicklung, wie sie jetzt aussieht, ist auch den Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht erst seit 2009 bekannt. Warum haben eigentlich Unternehmen zu Beginn und in den letzten 10 Jahren nicht soweit gedacht zu sagen: „Wir müssen eigentlich jetzt schon ausbilden, müssen junge Leute mitnehmen auf den Weg, weil die demografische Entwicklung so ist, wie sie ist.“?

Und zum anderen: Ja, es ist richtig, dass die Vernetzung nicht so stark war, wie sie hätte sein können. Aber das war genau der Punkt, den ich versucht habe deutlich zu machen. In den Vorläuferprogrammen zu JUGEND STÄRKEN hat eines nicht oder zu wenig stattgefunden: nämlich die Verlinkung zur Wirtschaft und zum Arbeitsmarkt hin. Und ich bin froh, dass wir jetzt in einigen Punkten genau diesen Weg gehen und – auch mit Blick auf die neue ESF-Förderperiode ab 2014 – an genau so einen Verbund denken – sozusagen von der Schule über die Frage der Ausbildungsfähigkeit bis hin zum Arbeitsplatz und vielleicht auch Begleitung in die Ausbildung hinein.

**Moderatorin**

Herr Stroppe, ist nicht auch das Nebeneinanderher-Existieren von ganz unterschiedlichen Modellprogrammen, die aus ganz unterschiedlichen Ministerien kommen, mit ein Grund dafür, dass die Effizienz auch in so einer Frage wie der Verlinkung, der Kooperation mit der Wirtschaft, der Vernetzung nicht so groß ist, wie sie idealerweise sein müsste?

**Lutz Stroppe**

Sicher, da ist ja auch das Wort vom „Dschungel“ gefallen und beklagt worden, dass man sich nicht zurecht findet und nicht weiß, welche „Liane“ einem eigentlich weiterhilft und welche in den Abgrund führt. Da kann ich auch so nicht vollständig widersprechen – wobei von den Ansatzpunkten her hier deutlich unterschieden wird und ganz klare Zuständigkeiten geregelt sind. Und vor Ort wissen viele sehr genau, wie sie mit den einzelnen Programmen umgehen können. Es ist wirklich nicht alles schwarz und weiß. Seit einigen Monaten wird von uns, vom Bundesjugendministerium, stark die Entwicklung einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ vorangetrieben und damit auch der Ansatzpunkt, tatsächlich einmal daran zu denken, dass man Jugend in den verschiedenen Bereichen insgesamt sehen und versuchen muss, genau diese verschiedenen Dinge – ob das dann eine Allianz für Bildung ist oder ob es die Programme vom BMAS sind oder ob es andere sind – unter dem Jugendgesichtspunkt zu sehen und zu fragen, wie sie vernünftig abgestimmt werden können. Wir diskutieren das in der Bundesregierung. Wir haben das Thema in Angriff genommen und stellen uns den Fragen.

**Moderatorin**

Vielen Dank. Herr Rickert.

**Dr. Andreas Rickert**

Ich wollte die Schelte nicht alleinig den staatlichen Akteuren auf die Schulter prasseln lassen. Also das, was Sie jetzt kritisiert haben, dass sich die staatlichen Akteure durch die ganzen Modellprojekte hervortun und sicherlich nicht im positiven Sinne, das gilt aber mindestens genauso auch für viele zivilgesellschaftliche Förderer. Viele Stiftungen zeichnen sich dadurch

aus, dass sie es lieben, eine hochinnovative Idee in die Welt zu setzen, aber sich nicht wirklich Gedanken darüber machen, wie sie denn nach fünf Jahren, wenn man wieder aussteigt, noch verstetigt werden kann. Und das zwingt sehr viele zivilgesellschaftliche Organisationen dazu, immer wieder neue Gewänder anzulegen, weil man wieder neu und innovativ wirken muss, obwohl eigentlich das Rad nicht ständig neu erfunden werden kann.

Deswegen ist es notwendig, dass wir eine „Gebererziehung“ machen auf Seiten der sozialen Investoren, dass wir deutlich machen: „Bitte nicht immer nur in Projekte investieren und bitte nicht immer nur nach Innovation schreien. Denn Innovation ist sicherlich nicht ein Allheilmittel. Sondern es gibt so viele tolle Ideen, und bittet fördert die.“ Man muss einen vernünftigen Mix haben von innovativen Sachen und einer gewissen Nachhaltigkeit, um ein Standvermögen zu bekommen. Auch auf Seiten der privaten Geber. Und in dem Fall könnte dann auch einen Allianz zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Gebern gut funktionieren. Wenn man zusammen sagt: „Wir machen hier ein Projekt, das konzipieren wir von Anfang an, wir finanzieren es von Anfang an, aber wir bleiben auch gemeinschaftlich lange dabei, wenn es funktioniert, und skalieren es auch gemeinschaftlich.“ Insofern, glaube ich, sind hier alle, die finanzielle Mittel – sei es aus privaten Quellen oder staatlichen Töpfen – investieren, gefordert, Nachhaltigkeiten, Verlässlichkeit und Übersichtlichkeit zu schaffen.

#### **Moderatorin**

Frau Kostka, welche Möglichkeiten hat die Bundesagentur für Arbeit und wie nutzt sie sie, um die Arbeit an den Schnittstellen optimal zu gestalten?

#### **Beate Kostka**

Wir haben im letzten Jahr mit sechs Standorten angefangen im Rahmen der „Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf“ zu schauen, wie wir die Schnittstellen optimaler gestalten können. Und ich warne immer davor, sich jede Schnittstelle sofort vorzunehmen, und rate, sich wirklich zu überlegen, wo man vor Ort den größten Handlungsbedarf hat. Und wir haben angefangen, ein paar Themen zu clustern, von denen wir glauben, dass da auch etwas zu erreichen ist ohne Geldmittel zu geben. Wir sehen großen Handlungsbedarf im Themenfeld Transparenz: Was gibt es eigentlich vor Ort? Das erschreckt einen ja manchmal, dass man gar nicht weiß, was es eigentlich alles an Maßnahmen für Jugendliche gibt.

Ein zweites großes Thema, was auch, glaube ich, Unternehmen öfter mal bewegt, ist das Thema Datenschutz. Warum fangen wir eigentlich beim Jugendlichen immer wieder an einer neuen Stelle an? Wenn er beim Sozialarbeiter ist, muss er da etwas erzählen. Wenn er bei uns ist, muss er etwas erzählen. Zielrichtung soll sein, die Daten laufen zu lassen. Momentan läuft der Jugendliche zwischen den Institutionen und geht uns häufig verloren. Das wollen wir, trotz recht komplexer Datenschutzbedingungen, ändern.

Wie schaffen wir es außerdem, Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen? Wir versuchen Projekte auf den Weg zu bringen, bei denen das Know-How aller drei Beteiligten so intelligent genutzt wird, dass man wirklich gemeinsame Maßnahmeplanungen und auch Ausschreibungen auf den Weg bringt. Und – oh Wunder – es kann gelingen. Noch zarte Pflänzchen, die müssen wir vielleicht wirklich mal gießen, aber das gelingt.

Und das vierte Thema, das wir uns vorgenommen haben, ist: Wie schafft man es, dass Jugendliche uns nicht verlorengehen? Das ist manchmal in der Fläche ein Problem, bei Jugendlichen in kleineren Städten, Dörfern und Gemeinden: Wie schafft man es, das Angebot dahin zu bringen? Aber auch in Städten, in Großstädten haben Sie manchmal eine vermeintlich optimale Situation: Da ist das Jugendamt, da ist die Berufsberatung – leider liegen dazwischen irgendwie Mc Donald's und Saturn. Da haben Sie schon ein Problem. Selbst auf diesem kurzen Weg gehen Ihnen oft Jugendliche verloren.

Und wie schafft man es, das ideal miteinander zu verknüpfen? Das erproben wir mittlerweile an 20 Standorten, auch kleinschrittig, weil man sehr ernüchtert wird, wenn man immer versucht, die großen Räder zu drehen.

#### **Moderatorin**

Und welche Beobachtungen machen Sie an diesen 20 Standorten?

#### **Beate Kostka**

Wir haben die ersten Standorte, die jetzt beginnen, angefangen bei der Planung. Wir haben die ersten gemeinsamen Arbeitsmarkt- und Jugendlichenprogramme, die ersten Vergabeverfahren, die ersten EDV-technischen Lösungen, die ersten Unterstützer – auch aus der Privatwirtschaft –, die sagen: „Okay, ihr könnt als Jugendamt nicht überall in eurem großen Flächenkreis präsent sein, wir sponsern ein Auto, mit dem der Jugendsozialarbeiter zu bestimmten Sprechzeiten irgendwo hinfahren kann oder der Berufsberater.“ und, und, und...

Diese Dinge versuchen wir auch anderen als Leuchttürme zu zeigen, weil wir nach verschiedenen Programmen immer wieder ohne Verstetigung da standen und von Neuem anfangen mussten. Es geht, wenn die Beteiligten kooperieren wollen und es mit dem Anspruch versuchen, Angebote aus dem Regelsystem zu lösen. Also ich bin nicht damit einverstanden zu sagen: „Ich akzeptiere die Grenzen.“, sondern ich finde, man muss auch mal jemandem in der Politik sagen: „Das brauchen wir jetzt wirklich nicht, sondern wir müssen in eine andere Richtung denken.“

#### **Moderatorin**

Herr Stroppe, wenn wir uns vorstellen, wir sind zwei Jahre weiter, gucken noch einmal auf „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“. Womit wären Sie zufrieden, wenn was erreicht wäre?

#### **Lutz Stroppe**

Es müsste vor allen Dingen bei den Modellstandorten einmal die Notwendigkeit deutlich werden – und das kann von Standort zu Standort sehr unterschiedlich sein – dass bestimmte Maßnahmen, die mit dem Programm angeregt worden sind, tatsächlich kommunal weitergeführt werden. Das ist der eine Punkt. Und der zweite Punkt wird sein, dass von diesen 35 Modellstandorten eine Wirkung auf andere Gemeinden ausgeht.

**Moderatorin**

Was kann eine staatliche Institution wie Ihr Haus dazu beitragen, dass dieser Modellcharakter weitergetragen wird, dass er nicht nur publiziert wird, sondern sich auch festsetzt über diese Modellprojekte hinaus?

**Lutz Stroppe**

Im Bereich der Jugendhilfe ist das einmal die enge Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden. Dann haben wir die Möglichkeit, Diskussionen anzuregen, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen, auf Veranstaltungen zu kommunizieren und die Ergebnisse des Modellprogramms für andere Kommunen nutzbar zu machen.

**Moderatorin**

Vom Modell in die Strukturen. Herr Rickert, was würden Sie sagen, ist da die beste Unterstützung?

**Dr. Andreas Rickert**

Das ist nicht eine rein zivilgesellschaftliche Geschichte, sondern da muss von Anfang an zusammen gedacht werden. Dann kann man es entsprechend verstetigen. Die Problematik des Verstetigens – gerade wenn die Innovation primär aus der Zivilgesellschaft heraus kommt – ist immer: Wie bekommt man es hin, was ist das Modell des Social Franchise? Da gibt es sehr viele Diskussionen, die in dem Kontext laufen. Die Skalierung an sich hat zwei verschiedene Möglichkeiten. Die eine ist, dass eine Idee weitergetragen wird. Das sieht man gerade bei zivilgesellschaftlichen Akteuren, bei denen jetzt sehr prominente Sachen erfolgreich laufen, wie zum Beispiel Produktionsschulen. Diese Idee wird aufgegriffen, wird aber von unterschiedlichen NGOs, gemeinnützigen Organisationen, getragen. Oder eben, dass man wirklich ein Social Franchising hat, bei dem ein System genommen und dann durch die Republik getragen wird. Beispiele sind da „ROCK YOUR LIFE!“ oder „Joblinge“. Das sind aber auch immer Sachen, die von Anfang an zusammen mit staatlichen Akteuren konzipiert und gedacht worden sind, ansonsten würde das nicht funktionieren.

Meine Hoffnung ist, dass wir das sehr viel mehr hinbekommen, dass wir also, wenn gute Ideen konzipiert werden, von Anfang an mitgedacht haben: Wie kriegen wir es a) skaliert und in die Fläche getragen und b) zusammengedacht, dass es nicht eine rein zivilgesellschaftliche oder rein staatliche oder rein wirtschaftliche Initiative ist, sondern gleich von Anfang an eine tri-sektorale Idee.

**Moderatorin**

Herr Jansen, was können Unternehmen dazu beitragen? Oder würden Sie sagen, die demografische Entwicklung ist so, das läuft in dem Bereich einfach von selber?

**Leo Jansen**

Das muss von selber laufen, denn die demografische Entwicklung kommt ja nicht erst, sie ist schon längst da. Und wie ich eben schon gesagt habe: Alle Firmen wissen das und gehen jetzt auch aktiv auf den Markt, auf die Institutionen zu. Wir haben gar keine andere Möglichkeit.

**Moderatorin**

Frau Kostka, gibt es etwas für Ihren Bereich, wo Sie sagen würden: „Da ist auch unser Anteil an der Verstetigung.“?

**Beate Kostka**

Wie gesagt: Wir versuchen das ja schon in unserem Regelinstrumentarium. Und wir versuchen auch hinzugucken, was es denn eigentlich bringt. Für uns ist schon der Anspruch zu sagen: weniger jugendliche Arbeitslose, mehr in Ausbildung, mehr in Beteiligung – wobei ich da nicht immer gleich messe an „der hat jetzt einen Ausbildungsplatz“, denn wir reden hier über Jugendliche, deren Karrierewege manchmal sehr krumm sind. Mir gefallen Programme wie „Die 2. Chance“. Und man muss auch zu sich sagen: „Was wollen wir eigentlich erreichen?“. Letztendlich muss doch beim Auslaufen solcher Projekte einfach auch einmal unter'm Strich stehen: Wir haben es geschafft, mehr Jugendliche zu beteiligen, mehr Jugendliche einzubeziehen und mehr Jugendliche – wie immer man das auch definieren will – auf den rechten Weg zu bringen. Und ich glaube, dass wir da eine Menge Möglichkeiten haben und uns auch sehr kritisch hinterfragen müssen: Haben wir da immer die **richtigen** Möglichkeiten, was Instrumente im jugendlichen Bereich angeht? Ich glaube schon, dass wir noch einmal eine Diskussion führen müssen über die „nicht ganz so marktgängigen Jugendlichen“, und damit meine ich vor allen Dingen auch die Jugendlichen, die an Förderschulen sind, die Rehabilitanden sind, vielleicht einmal straffällig geworden sind – dass man auch für diese Jugendlichen etwas macht. Und ich glaube, dazu können wir einen Beitrag leisten.

**Moderatorin**

Die Diskussion geht auf jeden Fall weiter. An dieser Stelle herzlichen Dank Frau Kostka, Herr Stroppe, Herr Jansen und Herr Dr. Rickert.

## Ausblick und Verabschiedung

**Sabine Schulte Beckhausen, Leiterin des Referats „Chancengerechtigkeit, Integration, Jugendsozialarbeit“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich denke, ein interessanter, ein sehr intensiver Tag liegt hinter uns, mit sehr vielen Eindrücken und einem wirklich intensiven Austausch. Sie werden sich jetzt fragen: Wie geht es weiter? Wie geht das Ministerium mit den Ergebnissen und Erkenntnissen des heutigen Tages um?

Ich versuche eine Antwort. Wir haben noch gut zwei Jahre des Modellprogramms vor uns, und wir haben genug Zeit, wichtige Impulse und Ideen, die wir heute aufgegriffen und mit Ihnen diskutiert haben, zu vertiefen, auch Neues auszuprobieren und gute Ideen in die Tat umzusetzen. Die Diskussionen haben gezeigt, dass der Kurs – um im Bild zu bleiben – auf dem wir rudern, schon der richtige ist. Die Modellstandorte haben uns viele interessante und sehr nachahmenswerte Ansätze präsentiert. Dennoch wurde auch deutlich, wo wir nachbessern müssen und wo noch Weiterentwicklungsbedarf besteht – auch in unserem Hause und in der Zusammenarbeit mit anderen Ressourcen.

Einen zentralen Punkt möchte ich gerne herausgreifen. Wir müssen im Sinne junger Menschen gemeinsam mit den Partnern der Jugendsozialarbeit noch stärker den Kontakt zur Wirtschaft und den Betrieben vor Ort suchen und ausbauen, damit wir gerade den Jugendlichen mit den schlechteren Startchancen – das klang auch hier an – frühzeitig eine Chance geben, einen authentischen Blick in die Arbeitswelt zu werfen und Hemmschwellen abzubauen, um sie so zu motivieren, den Schulabschluss zu machen und eine Ausbildung anzustreben.

Das Plus der Initiative JUGEND STÄRKEN und ihrer Programme – das möchte ich betonen – liegt darin, dass wir einen sehr individuellen Ansatz fahren. Das unterscheidet uns auch von Instrumenten, die starr vorgegeben sind, die es nicht ermöglichen, individuell hinzugucken: Welche passgenaue Unterstützung braucht der junge Mensch? Ich denke, auf diesem Weg müssen wir weiter vorangehen. Es geht darum, die jungen Menschen in ihren persönlichen Entwicklungsprozessen zu unterstützen, damit auch sie realistische Ausbildungsziele entwickeln können.

Das Gebäude, in dem wir uns heute befinden – die Kalkscheune – gibt mit dem Wandel, den es hinsichtlich seiner Nutzung erfahren hat, ein schönes Bild für die Ausrichtung moderner Jugendpolitik: Wo früher die ersten Maschinen hier in Berlin gefertigt wurden, da setzen wir uns zusammen, um neue Förderstrategien zur individuellen Förderung junger Menschen mit schlechteren Startchancen zu entwickeln.

Individuelle Begleitung, meine Damen und Herren, das geht nur gemeinsam mit Partnern, die bereit sind, mit den Jugendlichen neue und vor allem auch individuelle Wege zu gehen, die zum Ziel haben, Ausbildung zu stärken und die Eigenständigkeit zu fördern. Dazu ist Kreati-

vität notwendig, Experimentierfreude, auch eine gewisse „Frustrationstoleranz“, Mut und Hartnäckigkeit. Mit Theorie allein kommen wir da nicht weiter.

Der ehemalige Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, hat im Juli in einem FAZ-Interview gesagt: „In einer globalisierten Welt werden die kleinen Einheiten immer wichtiger. Wir müssen also die Kommunen stärken“<sup>3</sup>. Diese Einschätzung teilen wir. Daher ist das Familienministerium auch weiterhin fest entschlossen, unter Berücksichtigung seiner Finanzierungskompetenz seinen Beitrag zur Stärkung der Kommunen durch eine intensivere Vernetzung der lokalen Akteure zu leisten, die dem Wohle der jungen Menschen zu Gute kommt. Dabei ist auch die Zivilgesellschaft ein unverzichtbarer Partner. Nur, wenn staatliche Einrichtungen und Unternehmen, gemeinnützige Organisationen und engagierte Einzelne gemeinsam Verantwortung tragen, gelingt uns der Kraftakt.

Ich danke daher allen Akteurinnen und Akteuren ganz herzlich. Und auch – das möchte ich auch mal sagen – denen hinter den Kulissen, die heute nicht öffentlich in Erscheinung getreten sind, die mit dazu beigetragen haben, dass der Tag erfolgreich wurde, ein herzliches Dankeschön. Wir haben heute in die richtige Richtung gerudert. Gucken wir mal, wie wir es umsetzen, was wir daraus machen.

Kommen Sie gut nach Hause und auf Wiedersehen!

---

3 Klaus von Dohnanyi, FAZ Interview vom 17. Juli 2011 „Welt des Kommerzes“.

## Referentinnen und Referenten

### **Dr. Hermann Kues**

Geboren 1949 in Holthausen, Landkreis Emsland, verheiratet, drei Kinder. Diplomvolkswirt, Promotion zum Dr. rer. pol. Stellvertretender Vorsitzender der CDU in Niedersachsen und Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Osnabrück-Emsland. Seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Mittelems. 1998 bis 2000 Stellvertreter des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 bis 2005 Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Niedersachsen. Seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

### **Uwe Lübking**

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld mit dem Schwerpunkt „Öffentliches Recht“. Seit 1985 Referent für Recht und Verfassung beim Nordrhein-Westfälischen und beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), seit 1990 Referent für Jugend und Soziales. 1997 Wahl zum Beigeordneten des DStGB. Seit 1998 Leiter des Dezernates für Recht, Personal und Organisation, Sozial- und Jugendpolitik sowie europäische Sozialpolitik. Im Mai 2003 sind u. a. die Aufgabenfelder Schule, Kultur und Sport hinzugekommen. Autor von kommunalrechtlichen Lehrbüchern und Kommentaren sowie Veröffentlichungen zu kommunalpolitischen Themenstellungen. Mitverfasser zahlreicher Dokumentationen des DStGB u. a. zur Sozial-, Familien- und Bildungspolitik. Seit 2002 Mitglied des Bundesjugendkuratoriums. Seit Juni 2005 ehrenamtlicher Richter am Bundessozialgericht. Seit Januar 2009 Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Jugendinstitutes. Im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge Mitglied des Präsidialausschusses und des Präsidiums.

### **Leo Jansen**

Geboren 17.07.1952, verheiratet, 3 erwachsene Söhne, lebt in Belgien, arbeitet in Bonn (täglich Pendler). Hobbies: Fußball und Wandern mit dem Hund. Über eine Ausbildung und ein Studium (Dipl. Verww.) seit 1987 im Konzern Deutsche Post DHL im Bereich Aus- und Weiterbildung tätig. Arbeitet bei der DHL Freight seit 2005 für die Personalentwicklung Deutschland mit dem Schwerpunkt „Ausbildung und Nachwuchsförderung“.

### **Beate Kostka**

Aus dem guten Jahrgang 1967, seit 1995 verschiedene Führungspositionen in der Bundesagentur für Arbeit in Essen, Dortmund, Meschede, Coesfeld und Stade, 2006–2010 Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Gelsenkirchen, seit August 2010 Bereichsleiterin Produktentwicklung Aktive Arbeitsförderung SGB II in Nürnberg.

### **Dr. Andreas M. Rickert**

Seit Dezember 2009 ist Dr. Andreas Rickert Vorstandsvorsitzender der PHINEO gemeinnützigen AG – Plattform für Soziale Investoren. Zuvor war er 2 Jahre bei der Bertelsmann Stiftung als Director des Programms „Zukunft der Zivilgesellschaft“ tätig und unterstützte den Vorstand als Assistent. Seine Karriere begann er 2004 bei der Unternehmensberatung McKinsey & Company. Als Projektmanager war er primär im Öffentlichen und Healthcare Sektor tätig. Dr. Andreas Rickert hat Biologie in Düsseldorf, Davis und Bonn studiert und in Molekularbiologie in Köln und Stanford promoviert.

## **Lutz Stroppe**

Geboren am 20. Oktober 1956 in Wolfenbüttel. Seit 1984 verheiratet, zwei Töchter. Ab Sommersemester 1977 Studium der Geschichte, Geographie und später der Politikwissenschaften an der TU Braunschweig und der Universität Mainz. 1984 Abschluss des Zweiten Staatsexamens für das Lehramt an Gymnasien. 1976–1986 nebenamtlicher Mitarbeiter als Seminarleiter und Referent in der politischen Erwachsenenbildung im „Fortbildungswerk für Studenten und Schüler“ zu den Themenfeldern „Politisches System“ und „Politischer Extremismus“. 1985 Eintritt in die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-demokratische Politik; 1986–1991 Leiter des Bildungswerkes Mainz der KAS; 1991–1999 Leiter des Bildungswerkes Berlin der KAS. Einstellung in das Bundeskanzleramt und Übertragung der Aufgabe des stellvertretenden Büroleiters von Herrn Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl; 2001 Leiter des Büros. 2006 Bereichsleiter „Politische Programme und Analysen“ in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Seit Februar 2010 Leiter der Abteilung 5 Kinder und Jugend im Bundesfamilienministerium.

## **Moderatorin**

### **Ferdos Forudastan**

Geboren 1960. Aufgewachsen in Deutschland, der Schweiz und Iran. Studium der Rechtswissenschaften und der Politischen Wissenschaften in Freiburg im Breisgau. Freie journalistische Tätigkeit für die Badische Zeitung. Nach dem juristischen Staatsexamen 1989 erst Bonner Korrespondentin der taz, dann der Frankfurter Rundschau. Seit 1999 freie Autorin und Moderatorin u. a. bei Deutschlandfunk und WDR, Moderatorin bei Kongressen und Tagungen zu politischen und gesellschaftspolitischen Themen, Dozentin für Journalistik an der Akademie für Publizistik in Hamburg und der Universität Dortmund, Mitautorin von Büchern über junge Menschen aus Zuwandererfamilien.

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)



Für weitere Fragen nutzen Sie unser  
Servicetelefon: 0180 1 907050\*  
Fax: 030 18555-4400  
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr  
E-Mail: [info@bmfsfj-service.bund.de](mailto:info@bmfsfj-service.bund.de)

Einheitliche Behördennummer: 115\*\*  
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: [115@gebaerdentelefon.d115.de](mailto:115@gebaerdentelefon.d115.de)

**Stand:** Januar 2012

**Gestaltung:** [www.avitamin.de](http://www.avitamin.de)

- \* 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen
- \*\* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter [www.d115.de](http://www.d115.de);  
7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.